

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeilen über deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

„Hohe“ Arbeitslöhne.

Leipzig, 4. November.

Die Brotwucherer haben, wie sie in den letzten Tagen auch von der Tribüne des Reichstages verkündeten, den Trost, daß sie mit gutem Rechte den Arbeitern die Lebensmittel verteuern können, da ja, namentlich infolge des industriellen Aufschwungs von 1895 ab, die Arbeitslöhne kolossal gestiegen seien. Darüber, daß unsere Junker die Lohnerschöpfung, welche die Arbeiter sich doch unter schweren Opfern erringen müssen, als eine selbstverständliche Beute für den Brotwucher in Anspruch nehmen, wollen wir heute kein Wort mehr verlieren. Diese liebenswürdige Seite der Edelsten und Besten der Nation ist ja schon öfters gebührend gewürdigt worden. Dagegen ist es unsere Pflicht, dem Märchen von der kolossalen Lohnsteigerung in der Zeit des industriellen Aufschwungs stets von neuem entgegenzutreten, da es von unseren Gegnern bei jeder Gelegenheit wiederholt wird und in der That in weiten Kreisen Gläubige findet.

Uebrigens haben wir heute eine besondere Veranlassung, auf diese Angelegenheit etwas näher einzugehen. In dem „Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, Der Arbeiterfreund, herausgegeben von Professor Dr. Viktor Böhmert zu Dresden, ist soeben eine Abhandlung erschienen, die manchen interessanten Aufschluß über die hier in Betracht kommenden Verhältnisse gewährt, zugleich aber auch zeigt, mit welchen Mitteln die öffentliche Meinung irreführt wird. In jenem Blatte veröffentlicht ein Ingenieur, Dr. Hermann Beck eine „Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zweier deutscher Maschinenbauanstalten“ in Magdeburg und zwar eines Großbetriebes mit 1401 Arbeitern und eines Mittelbetriebes mit 71 Arbeitern. Die Untersuchung stützt sich nicht nur auf Angaben der Arbeiter, sondern auch auf Lohnnachweisbüchern und anderen „verwerflichen Quellen“, welche die Unternehmer dem Herrn Beck zur Verfügung gestellt haben, so daß die zahlenmäßigen Angaben wohl als zutreffend hingenommen werden können.

Die Untersuchung stellt nun fest, daß die Arbeiter des Großbetriebes in der That während der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges erheblich mehr als vordem verdient haben, aber größtenteils deshalb, weil sehr viele Ueberstunden gemacht worden sind. Und die zehnen befanntlich an der körperlichen und geistigen Gesundheit der Arbeiter, so daß diese im Mehrverdienst nicht nur die Notwendigkeit einer besseren und damit selbstverständ-

lich auch teuren Ernährung, sondern schließlich auch der Schaden infolge häufigerer Erkrankung gegenüberstellen. Für eine 10 stündige Arbeitszeit dagegen stellte sich der Lohn

im Großbetrieb für:

im Jahre	Monteure	Schmiede	Schlosser	Dreher	Mobellischer	Handarbeiter
1895	4.50	4.70	3.90	4.10	4.10	3.30
1896	4.40	5.—	4.15	4.30	4.20	3.50
1897	4.70	5.—	4.25	4.50	4.60	3.50
1898	4.80	5.—	4.15	4.70	4.70	3.50
1899	5.—	4.90	4.10	4.50	4.60	3.60

im Mittelbetrieb für:

im Jahre	Monteure	Schmiede	Schlosser	Dreher	Mobellischer	Handarbeiter
1895	5.42	5.27	4.35	4.83	3.78	3.06
1896	4.87	4.29	4.89	4.89	3.90	3.09
1897	5.12	5.10	4.83	4.94	3.92	3.12
1898	5.46	5.31	4.85	5.12	3.98	3.10
1899	4.94	5.34	4.77	4.97	3.93	3.10

Hier zeigt sich in der deutlichsten Weise, daß der Lohn für die 10 stündige Arbeit sich nur ganz minimal verändert hat. So weit aber die Löhne in den Jahren 1897 bis 1899 wirklich etwas höher sind, ist das, wie Herr Beck ausdrücklich hervorhebt, nicht auf höhere Accordsätze zurückzuführen, sondern auf den Zuschlag bei Ueberstunden und auf die größere Intensität der Arbeit, die bei der Dringlichkeit und der Fülle der Aufträge den Arbeitern abgepreßt wird. Ja, Herr Beck weist sogar an der Hand ganz genauer Zahlen nach, daß der Accordlohn herabgedrückt worden ist.

Wie aber haben sich in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges die Preise der Lebensmittel gestaltet? Herr Beck teilt uns auf Grund der vierzehntägig erscheinenden Preislisten des Magdeburger Konsumvereins die Preise mehrerer Lebensmittel in den Jahren 1888, 1894 und 1900 mit und vergleicht die Preise des Jahres 1888 mit denen des Jahres 1900. Auf diese Weise gelangt er zu dem Resultat, daß nur die Preise für Erbsen, Nudeln und Pflaumen gestiegen sind, während die für Butter, Roggenmehl und Zucker gleich geblieben, die für Bohnen, Linsen, Graupen, Oris, Margarine, Schmalz, Weizenmehl, Kaffee und Seife gefallen sind. Beck stellt daher mit Bezug auf die Ernährung eine wenn auch mäßige Zunahme der Kaufkraft des Geldes fest. Das gleiche, fährt Herr Beck dann fort, dürfte auch für die Ausgaben für Kleidung gelten, Wohnung und Heizung seien da-

gegen unzweifelhaft im Preise gestiegen. Man könne daher für die Zeit von 1888 bis 1898 eine gleichbleibende Kaufkraft des Geldes in Magdeburg annehmen.

Nun aber ist es nicht angängig, zu einem derartigen Vergleich einzelne Jahre herauszugreifen, weil die Preisschwankungen gerade bei den Lebensmitteln von Jahr zu Jahr zu erheblich sind und infolgedessen das Ergebnis stark beeinflusst werden kann, je nachdem man sich ein besonders teures oder billiges Jahr auswählt. Hierzu kommt noch, daß Beck die genaueren Angaben der Löhne nur für die Jahre 1895 bis 1899 bringt, nicht aber für die Jahre, die er bei den Preisen in Betracht zieht. Deshalb ist sein Experiment mit dieser Art von Statistik nichts als eine Spielerei, ja noch etwas viel Schlimmeres, es wirkt direkt zur Irreführung der Leser. Denn in Wahrheit ist eine ganz andere Veränderung der Preise, wenigstens in den Jahren, auf die es uns ankommt, eingetreten.

Freilich stehen uns nicht die Preislisten des Magdeburger Konsumvereins zur Verfügung; dagegen liegen in dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich, Jahrgang 1901, die amtlich ermittelten Marktpreise für die folgenden Lebensmittel vor. Danach betrug in Magdeburg

Kilopreis für

im Jahre	Kartoffeln	Butter	Rindfleisch	Schweinefleisch	Weizenmehl	Roggenmehl
1891	7.89	237	130	123	35	33
1892	6.45	229	134	130	31	29
1893	5.41	234	132	130	27	28
1894	5.15	230	131	130	24	20
1895	4.98	224	125	128	25	21
1896	4.98	222	125	113	28	20
1897	5.34	227	128	120	31	21
1898	5.24	227	135	132	35	24
1899	5.18	230	135	130	31	23
1900	5.04	231	135	130	29	25

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß die Preise der angeführten Lebensmittel bis zum Jahre 1896 im allgemeinen gefallen, von dann aber wieder gestiegen sind. Vergleichen wir nun die Preise vom Jahre 1895 mit denen vom Jahre 1899 oder, was wohl richtiger wäre, die Preise von den Jahren 1895 und 1896 auf der einen Seite mit denen von den Jahren 1897 bis 1899 auf der anderen Seite, so sehen wir bei all jenen Lebensmitteln eine zum Teil recht erhebliche Vertauung. Hierzu kommen noch, wie auch Beck richtig anführt, die höheren Mieten und Steuern. Dies zusammen macht eine Ver-

Seuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Kriebow wurde, als er dies wahrnahm, erst recht ungehalten; hatte der Mensch etwa gar die Damen auf seiner Seite? — Das schloß auch noch!

Mit Ungebuld sah er dem Ende des Gottesdienstes entgegen. Kaum hörte er wie im Schlussgebet auch seiner, des Patronatsherren, Rückkehr auf dem ererbten Besitz gedacht wurde, mit der Fürbitte um göttlichen Schutz für ihn und sein ganzes Haus.

Nachdem die lungenchwache Orgel ihren letzten Ton ausgehaucht hatte, fragte Erich beim Herausgehen aus der Kirche in ironischer Weise die Damen: „Nun sagt mir mal, was sagt Ihr zu der Predigt?“

Frau von Lenkstädt war sofort mit einem: „herrlich!“ zur Hand. „Was hat der Mann für einen Vortrag!“ Und Klara meinte nach einigem Nachdenken, indem sie erst die richtigen Worte für einen starken Eindruck zu suchen schien: „Er ergreift so, weil er selbst so ganz ergriffen ist.“

Da hatte man's. Die Damen waren richtig eingegangen. Keine Ahnung hatten sie von dem gefährlichen Witz, das in der Verehrbarkeit dieses Pfaffen steckte.

Klara fragte jetzt: „Wir wollten Pastors besuchen; Du kommst doch mit, Erich?“

Kriebow erklärte unwirsch: er denke gar nicht daran, nicht die geringste Lust verspüre er, mit Pastors intim zu werden.

Aber dadurch rief er Frau von Lenkstädt's Widerspruch hervor Pastors seien ausgezeichnete Menschen. Außerdem sei die Frau der gegebene Umgang für Klara, und Erich werde sich noch freuen, an einsamen Winterabenden einen solchen Mann zur Hand zu haben.

Das brachte Kriebow erst recht in Harnisch. Er hatte den Pastor nicht nötig. Er war der Patron, und brauchte überhaupt keinen Umgang, wenigstens keinen, der ihm nicht zusagte.

Es war zum erstenmal, daß Kriebow sich unhöflich gegen seine Schwiegermutter zeigte. Die Damen möchten nur allein ins Pfarrhaus gehen, wenn sie durchaus mußten, er werde sich nach Haus begeben.

Klara legte ihm die Hand auf den Arm und hielt ihn zurück.

„Ich habe keine Lust, thut Ihr was Ihr wollt!“ rief Kriebow.

„Wir haben kein Recht, sie zu beleidigen, Erich!“ erwiderte Klara.

„Ach was! Seit wann wird denn auf derartige Leute Rücksicht genommen. Auf Besuchsfuß haben wir uns hier nie mit Pastors gestellt. Nehle auch noch, die Art zu verwöhnen! Dem Menschen ist der Stamm sowieso schon genug geschwollen.“

„Du sprichst sehr wenig nett von unserem Pastor,“ sagte Klara mit leicht erregter Stimme.

„Dir scheint der Mann allerdings sehr imponiert zu haben!“ erwiderte Erich mit spöttischer Miene.

Hier mischte sich Frau von Lenkstädt in das Gespräch, die einen Streit zwischen den jungen Leuten heraufkommen sah. Kirche und Gutsherrschaft gehörten nun einmal zusammen, meinte sie, und man müsse zeigen, daß man Eins sei, das sei schon der Gemeinde wegen

nötig. Erich solle nur gut sein und in das Pfarrhaus kommen.

„Sie haben reizende Kinder, die mußt Du wirklich sehen, Erich; ich habe sie gestern vom Park aus beobachtet,“ sagte Klara etwas weicher hinzu mit einem jener Blicke, die ihm noch immer ein leichtes Erschauern der Haut verursachten. Dabei ergriff sie seine Hand.

Kriebow setzte seine finstere Miene auf, öffnete aber den Damen das kleine Pfortchen, das in den Pfarrgarten führte und folgte selbst schweigend nach.

Die Pastorin kam ihnen in den Garten entgegen; sie mochte wohl schon vom Fenster aus die Herrschaft kommen gesehen haben. Rosiger denn je war die appetitliche kleine Frau anzuschauen — sie schien immer über die Thatsache zu erröten, daß sie gar so rote Waden habe — und erklärte, ihr Pastor sei noch im Studierzimmer, er habe dort einige Leute abzufertigen, die Herrschaften müßten daher einstweilen mit ihr vorlieb nehmen. Dann führte sie den Besuch unter fortwährendem Stehenbleiben, Erzählen und Knicken, nach dem ersten Stockwerk hinauf. Der Aufstieg wurde einmal durch die Engigkeit der Holzstiege, noch mehr aber durch die Kinder erschwert, die von oben her den Gästen entgegengepuzelt kamen. Ihnen folgte ein kleiner schwarz und weißer Spitz, der die Fremden mit durchdringendem Bellen anfuhr. Die Pastorin schalt, entschuldigte, strich den Kindern das Haar glatt, schlug nach dem Hunde; erleichterte aber durch alles dies ihren Gästen das Fortkommen auch nicht wesentlich. Frau von Lenkstädt und Klara begrüßten die Kinder; Erich sollte die Wöden reizend finden. Ihm war die kleine Brut mit den braunroten Waden, dem gelben, strubbeligen Haar und den großen, nenglerigen Augen nur unheimlich. Als man sich endlich durch diese

teuerung der Lebenshaltung der Arbeiter, die in vielen Fällen sicher bedeutender war, als die Zunahme des Lohnbetrages.

Während also in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges die Kapitalisten Niesenprofite eingestekt haben, ist für die Arbeiter nur die Arbeit anstrengender geworden, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aber nicht eingetreten. Und jetzt, da mit der wirtschaftlichen Krisis fast alle Arbeiter sogar eine direkte Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erleiden müssen, jetzt kommen die Brotvucherer und fabeln von den kolossalen Lohnerhöhungen, um ihr schändliches Treiben zu rechtfertigen. Hoffentlich erhalten sie hierauf bei den nächsten Wahlen von den Arbeitern die nötige Antwort.

Politische Uebersicht.

Zur parlamentarischen Lage

bei Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

In der Zolltarifkommission haben Führer der agrarischen Kompromissmehrheit oftmals mit plumper Offenheit geküffelt: Die Stellung der Regierung bei diesen Verhandlungen werde um so besser gedeckt, je höher eine Parlamentsmehrheit die Zölle schraube und viele Positionen zu handelspolitischen Objekten gestalte. Unter der Hand gab das die Regierung selbst zu, ja, sie näherte sogar diese Aufbaumass durch eine Reihe von Mitteilungen, die sie als streng vertrauliche bezeichnete, und betonte damit, wie sie beabsichtige sei, den Schacher bei Verhandlungen über Handelsverträge so erfolgreich wie möglich zu gestalten. Ohne Schacher geht es dabei nun einmal nicht ab, und auch die anküftigen Regierungen treiben dasselbe Spiel ihren eigenen Volksgenossen gegenüber.

Jetzt machen offiziöse Kundgebungen die Munde, nach denen die Reichsregierung bei den Verhandlungen über Handelsverträge im Notfall sogar auf alle Mindestzölle im Zolltarif zu verzichten bereit sei, um nur Deutschland in keinen vertraglosen Zustand geraten zu lassen. Das Wesen des vertraglosen Zustandes wird sodann den Freihandelparteien vor Augen gehalten, damit diese selbst eine Einschränkung ihrer prinzipiellen Opposition vollziehen sollen. Und weiter reden die Offiziösen den Industriekollern zu, in eine Herabminderung der Industriezölle zu willigen. Da die Agrarier bereits die Absicht kundgegeben haben, falls ihre Wünsche nicht erfüllt werden, die Industriezölle herabsetzen zu helfen, so wird diese Mahnung nicht ohne Erfolg sein. Wie weit diese Mahnung durch etwa in Aussicht stehende Depressionen des Auslandes veranlaßt sein könnte, lassen wir hier außer Betracht.

Wie hat sich also nun die Lage bis jetzt gestaltet?

Das „Unannehmbar“ der Regierung hat nur insofern Bedeutung, als die damit gegebene Ablehnung der Beschlüsse der Kommissionsmehrheit den Rückzug der Agrarier nicht nur auf die „mittlere Linie“ des Zolltarifs, sondern bis zu den offiziös bekundeten Absichten der Regierung vorbereitet. Um diesen Rückzug vor der Öffentlichkeit so günstig als möglich maskieren zu können, müssen die Verhandlungen über den Zolltarif im Plenum weiter geführt werden; denn sie sollen einschläfernd und verwirrend auf das Volk wirken, damit es sich später um so geduldiger die neuen Zollpläne aufhängen läßt. Deshalb hat auch die Mehrheit der Sozialparteien den Antrag der Minderheit, die Verhandlungen nach der Abstimmung über die Mindestzölle abzubrechen, abgelehnt; sie wollen die Zeit der Verhandlungen im Plenum zur Demagogik der Wähler ausnützen.

Selbst der Regierung kann unter solchen Umständen die Abbrechung der Beratung ihres Entwurfs nicht angenehm sein. Denn in der That wird sie in ihren Unterhandlungen mit auswärtigen Regierungen auf die Schwierigkeiten hinweisen können, die ihr im Reichstag für niedrige Zölle erwachsen. Hat sie doch auch ein Interesse daran, hohe Zölle zu bekommen, die die Einnahmen der Reichskasse steigern. Der springende Punkt bleibt für sie die Befreiung des Defizits.

So wird der Schacher kein Ende nehmen — ob nun die Kompromissmehrheit sich im Laufe der zweiten Lesung mit der Regierung einigt, oder ob, wenn eine solche Einigung nicht zu Stande kommt, die Regierung auf anderen Grundlagen als den Beschlüssen der Mehrheit, Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten anknüpft. Unter Umständen kann es sogar der Regierung wie den Sozialparteien sachlich vorteilhafter erscheinen, wenn keine Einigung zu Stande kommt; vielleicht glauben sie, daß dies noch mehr auf das Ausland wirkt.

Begrüßung hindurchgearbeitet hatte, und vor einer Thür stand, hinter der Kriebow mit Recht die „gute Stube“ vermutete, gab es von neuem ein kleines unerwünschtes Handgemenge. Die runde Frau Pastorin, im Eifer ihren Gästen die Thür zu öffnen, stieß an Kriebows hohen Hut, daß es einen Knax gab. Ueber dieses Unglück nun war die gute Frau schwer zu beruhigen, der Spitz keifte dazwischen; er schien der Ansicht zu sein, daß es sich hier um einen feindlichen Ueberfall handle, gegen den er seine Herrin zu verteidigen habe. In der Verstärkung über das Ereignis mit dem Hute wollte die Wittin den Gutsheeren veranlassen, vor ihr ins Zimmer zu gehen, wogegen sich Kriebow, als wohlgezogener Mann sträubte — kurz, es gab noch immer einige Hindernisse zu überwinden, bis man endlich in richtiger Reihenfolge um den runden Tisch saß, Klara und Frau von Lenkstädt, wie sich's gehörte, auf dem Blüschssofa, Kriebow auf einem Stuhle mit einer Lehne so steif, daß sie wie ein Verbot gegen das Anlehnen wirkte.

Die Frau Pastorin aber kam noch keineswegs zum Eigen. Nach und nach holte sie, jedes Stück einzeln: Flasche, Brett, Gläser und einen Teller mit Zwiebacken, herbei. Der Spitz aber, der mit ins Zimmer gekommen war, wurde auf einmal sehr freundlich, er sprang an den Gästen in die Höhe und legte ihnen die Vorderpfoten zutraulich auf die Knie.

Kriebow hielt es für das Beste, unter diesen Verhältnissen zu resignieren. Hier konnte man sich wirklich auf alles gefaßt machen. Er nahm sogar einen Zwieback, den ihm die Pastorin mit einem „Bitte schön!“ präsentierte und trank mit Todesverachtung einen Schluck von der rötlichen Flüssigkeit, die er in dem Glase vor sich entdeckte. Er machte auch einen Versuch, sich mit der Frau

Eine Volksinitiative für Wiedereinführung der öffentlichen Häuser.

Unser schweizerischer eh. Korrespondent schreibt uns:

Soeben ist dem zürcherischen Kantonsrat ein mit der Unterschrift von etwa 5400 Stimmberechtigten versehenes Initiativbegehren eingereicht worden, das seines ungewöhnlichen Inhalts wegen lebhaftes Aufsehen nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Auslande machen wird. Das Initiativbegehren verlangt nämlich Aufhebung des im Jahre 1897 erlassenen „Sittlichkeitsgesetzes“, oder richtiger, Aufhebung der damals dem kantonalen Strafgesetzbuch neu eingefügten Strafbestimmungen für „gewerbsmäßige Unzucht“ und „Kuppelei“; es verlangt ferner staatliche Anerkennung der öffentlichen Häuser und staatlichen Schutz für diese. Auf je 10 000 Einwohner der Stadt soll ein öffentliches Haus „bewilligt und genehmigt“ werden. Durch das „Sittlichkeitsgesetz“ vom Jahre 1897 wurde die „gewerbsmäßige Unzucht“ und die Beihilfe zu solcher (Kuppelei) unter Strafe gestellt. Bis zu diesem Jahre hatte auch die Stadt Zürich ihre öffentlichen Häuser, die zwar nicht staatlich anerkannt, aber doch gebuldet waren. Ein Initiativbegehren um förmliche Anerkennung der öffentlichen Häuser beantwortete der Kantonsrat mit einem Gegenentwurf zu deren Abschaffung und Unterstellung der „gewerbsmäßigen Unzucht“ unter die Bestimmungen des Strafgesetzes. In der Volksabstimmung siegte mit einer erdrückenden Mehrheit der Entwurf des Kantonsrates. Nach jener Abstimmung schrieben wir an dieser Stelle, nicht die überlegende Vernunft des Zürchervolkes, sondern der „Terrorismus der Beschworenen“ habe den Sieg davongetragen. Das religiöse und moralische Mordertum hatte eine förmliche Sündenherrenschaft etabliert. Wer ein Wort gegen das Sittlichkeitsgesetz des Kantonsrates, d. h. gegen das System der polizeilichen Bekämpfung der Prostitution zu sagen wagte, wurde unbedenklich als „Interessent“, ja sogar als Beschützer der „weisen Sklaverei“ denunziert. Nicht einmal die zürcherische Arbeiterschaft fand dieser „moralinsauren“ Hochflut gegenüber die entschlossene Haltung, die sie aus prinzipiellen Gründen und gestützt auf die historische Erfahrung hätte einnehmen müssen. Sie trat, da das Sittlichkeitsgesetz thatsächlich einige gute Bestimmungen enthielt, dieser paar guten Bestimmungen wegen — für ein Gesetz ein, das von der im höchsten Grade unsozialistischen Voraussetzung ausging, die Prostitution könne mit dem Polizeibesen beseitigt oder doch eingeschränkt werden.

Seither sind fünf Jahre verfloßen. Das Sittlichkeitsgesetz ist mit aller Strenge gehandhabt worden, aber seine verheißenen guten Folgen sind nicht eingetroffen. Die Urheber der heute vorliegenden Initiative behaupten dagegen, daß die Zustände infolge des Gesetzes sich verschlimmert haben. Ob das letztere richtig ist, wird ebenso schwer zu beweisen wie zu bestreiten sein. Die Behauptungen von einer Zunahme der Geschlechtskrankheiten hängen in der Luft, da wir keine zuverlässige Statistik der Geschlechtskrankheiten besitzen. Die Spitalstatistik reicht hierzu keineswegs aus. Ob sich der Nachweis führen läßt, daß seit Inkrafttreten des Gesetzes eine Zunahme der Sittlichkeitsvergehen stattgefunden hat und daß diese Zunahme der Sittlichkeitsvergehen thatsächlich auch eine Verschlimmerung der Verhältnisse gegenüber der Zeit vor Inkrafttreten des Gesetzes bedeutet, ist ebenfalls zweifelhaft. Denn, wenn sich auch die Thatfache einer Zunahme jener Vergehen erweisen lassen würde, käme immer noch in Betracht, daß durch das Gesetz eben eine Reihe von Handlungen, die vor 1897 straflos blieben, unter die Sittlichkeitsvergehen eingereiht und in der Folge gerichtlich bestraft wurden.

Indessen kommt es bei der Beurteilung des Sittlichkeitsgesetzes nicht darauf an, ob der positive Nachweis einer Verschlimmerung der Verhältnisse gelingt oder nicht. Es genügt zur Beurteilung des Gesetzes vollkommen, wenn erwiefen ist, daß die Verhältnisse sich nicht gebessert haben. Und das ist nun das Interessante: selbst die eragiertesten Anhänger des Gesetzes wagen nicht von einer solchen Besserung zu reden. Man giebt sogar unumwunden zu, daß die Prostitution weder ausgerottet, noch eingeschränkt werden konnte. Man giebt zu, daß an Stelle der tolerierten öffentlichen Häuser die Zimmerprostitution und die Prostitution des Absteigequartiers getreten ist, ja daß es nicht einmal gelang, die Straßenprostitution zu beseitigen. Und man

haft und begann ihrerseits zu erzählen von Erfahrungen, die sie daheim in Burgwerda mit einer Nählschule für Mädchen gemacht hatte. Ein Kleinkindergarten hatte gerade eingerichtet werden sollen, als sie fortgegangen war von zu Haus. Frau von Lenkstädt ergriff auch das Wort zu diesem Thema. Auf einmal war eine Unterhaltung im Gange über Dinge, an denen Kriebow nicht das geringste Interesse hatte. Wie eifrig Klärchen sprach und erzählte! Wie angeregt sie war! Er, ihr Mann, konnte ihr freilich mit dergleichen nicht aufwarten. In diesem Augenblick war Kriebow wirklich eifersüchtig.

Der Geistliche äußerte jetzt: das sei eben der Vorteil „lebendiger Gemeinden“, daß dort der „Gemeinsinn“ geweckt sei. Da fände man Persönlichkeiten, mit deren Hilfe man nützliche Unternehmungen ins Leben rufen könne. So habe er es in seiner alten Gemeinde gehabt, wo selbst bei den Ärmsten noch eine Art von Selbstständigkeit geherrscht habe, weil sie unabhängige Leute gewesen wären; hier aber in dieser Gegend sei von alledem nichts zu finden.

Da ergriff der Grabenhäger das Wort. Mochten die letzten Worte auf ihn gemünzt gewesen sein oder nicht, jedenfalls glaubte er, sie nicht unerwidert lassen zu dürfen; auch reizte es ihn, dem Pastor für all den Verdruß, den er ihm schon verursacht hatte, endlich auch sein Teil abzugeben.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Robel. A.: ... Was fehlt denn Ihrer Frau Gemahlin? — Reichgewordener Schlächtermeister: „Ach, ich hab' den lateinischen Namen vergessen, den mir der Arzt gesagt hat ... aber es ist 'bessere Krankheit!'“ (Liegende Blätter.)

Deutsches Reich.

„Nur keine falsche Scham!“

Einen hochinteressanten Einblick in das nationalliberale Seelenleben bietet eine Korrespondenz, die der Königlich Preussischen Zeitung aus Reichstagskreisen zugeht: Die Nationalliberalen beginnen sich jetzt zu fühlen; sind sie doch am frühesten aufgestanden und haben sie doch das mathematische Gesetz von der „mittleren Linie“ am ehesten begriffen. Früher hießen die Nationalliberalen die „Fraktion Drehscheibe“, weil sie stets zwischen der zweiten und dritten Lesung sich nach dem Wind der Regierung zu drehen wußten; jetzt haben sie ein abgekürztes Verfahren eingeschlagen: sie stellen ihre Mittellinie gleich von Anfang an nach der hohen Weisheit ein, mit der die deutsche Welt regiert wird, und haben dann den Vorzug, über ihre Erben in parlamentarischen Leben, über Centrum und Konservative, sich lustig machen zu können, die immer noch nicht den richtigen „Dreh“ finden können. Mit dem ganzen Selbstbewußtsein des Raketen, der die Stimme des Herrn am ehesten verstanden hat, feiert darum der nationalliberale Reichstagsmann die glückliche Stellung der Nationalliberalen und plaudert bei dieser Gelegenheit auch einige Intimitäten aus, die von den Vorgängen hinter den Coulissen den Schleier ziehen. Da heißt es:

Nur die nationalliberale Partei hat sich auf die Basis des allein Erreichbaren gestellt, und wir meinen, dieser Standpunkt ist ein sehr vernünftiger, was auch schon daraus hervorgeht, daß sich tagtäglich die Stimmen im Lande mehren, die ihn durchaus billigen. Es klingt deshalb eigentümlich, wenn man die Regierung mit einem gewissen Hohn darauf hinweist, nur die Nationalliberalen seien ihr geblieben, und wenn man doch dieselben Nationalliberalen verdammt im Foyer ansucht, um zu fragen, ob sie denn nicht gewillt seien, das große Werk des Zolltarifs mit fertig zu stellen, und wie sie von einer etwaigen Aenderung der Geschäftsordnung dächten. Wir meinen, auch hier sei die Stellung der Nationalliberalen eine sehr glückliche. Wenn der Zolltarif nur noch mit einer Aenderung der Geschäftsordnung fertiggestellt werden kann,

so ist das lediglich Sache der Herren von rechts und aus der Mitte, die einen Zolltarif auf Grundlage der Regierungsvorlage nicht genehmigen und damit die unglückliche Verwirrung herbeigeführt haben, in der sich augenblicklich das Werk befindet. Deshalb müssen in erster Linie Konervative, Freikonervative und Centrumspartei die Vorschläge für die Änderung der Geschäftsordnung machen und die Verantwortung für diese Vorschläge tragen. Ob die nationalliberale Partei solchen zustimmen oder nicht, das kann erst geprüft und entschieden werden, wenn sie vorliegen. Vorschläge zu machen aber kann man einer Partei nicht zumuten, die die gegenwärtige Notlage nicht gelassen hat und die deshalb mit Recht den Veten die Suppe zum Ausessen vorsetzt, die eingebracht haben. Und welchen Zolltarif wünschen, mit Verlaub sie zu fragen, jene Kompromißleute? Wollen sie sich auf die Regierungsvorlage zurückziehen, deren Getreidezölle annehmen und eine gegenseitige Herabsetzung der Industriezölle, auch wo sie nicht als Kompensationsobjekte gedacht sind, vornehmen? Auch dafür würde die nationalliberale Partei nicht zu haben sein, weil sie unser ganzes wirtschaftliches Leben nicht zerklüftet will. Dann bleibt sie den überragenden Herren Agrarier überlassen, die die Sache jener Herren, Vorschläge zu machen. Nur keine falsche Scham!

„Nur keine falsche Scham!“ ist gut. Wenn man sich so oft politisch prostituiert hat, kann man die prüde Ziererei nicht leiden. Und reizend ist es auch, wenn die Nationalliberalen ihre Geneigtheit durchblicken lassen, an der Abwägung der Geschäftsordnung sich zu beteiligen, natürlich ohne dafür eine Verantwortung zu übernehmen. An demselbenmerkmale ist aber die Indiskretion von den Verantwortlichen, mit denen sich die parlamentarische Centrumsdiplomatie den glücklichen Nationalliberalen nähert, die sich den Umfall von vornherein vorsichtigerweise erspart haben. Der Mitarbeiter der königlichen Zeitung ist moralisch empört darüber, daß die Kompromißlüsternen des Reichstags zweierlei Gesichter aufstrecken, ein verschämtes für die Mandelgänge des Reichstags und ein unverschämtes für die große Öffentlichkeit.

„Nur keine Scham, nur keine falsche Scham!“ — dann werden die Herren Agrarier den „Dreh“ schon finden. Die Nationalliberalen haben die Sache schon oft gemacht; die Nationalliberalen müssen es wissen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Vor der Strafkammer zu Mainz hatte sich der Schriftsetzer Paul Teichler aus Röhren zu verantworten, weil er in bestirntem Zustand in das Gebiet des Pionierlagerplatzes in Rastel eingedrungen war. Nachdem er vom Posten weggejagt, sich er Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser aus, auch leistete er bei seiner Verhaftung Widerstand. Er riß sich schließlich los und stürzte sich in den Rhein. Dem Soldaten gelang es, ihn aus dem Wasser herauszuholen. Das Gericht sprach ihn von der Majestätsbeleidigung frei, weil er sich in seinem betrunkenen Zustand der strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen, wegen des Widerstandes wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

In der Regel werden auch die betrunkenen Majestätsbeleidiger verurteilt. Der Mainzer Fall ist deshalb bemerkenswert.

Berlin, 4. November. Seitens der politischen Freunde des verstorbenen Abgeordneten Alder wird Mittwoch abend im Künstlerhaus für diesen eine Gedächtnisfeier veranstaltet werden, bei welcher der Reichstagsabgeordnete Schrader als langjähriger politischer Bundesgenosse und persönlicher Freund Alders, diesem einen Nachruf widmen wird.

Bei einer Konferenz des preussischen Eisenbahnministers Bude mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Crailsheim in München soll eine Erweiterung der Verkehrswege nach Norden, die über Bayern führen, besprochen werden, und, da Preußen bessere Bedingungen als früher gewährt, dabei die Mainkanalisation von Aschaffenburg bis Offenbach festgelegt worden sein.

Die nunmehr beschlossene Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in St. Louis 1904 wird sich hauptsächlich auf die drei Gruppen: bildende Künste, Kunstgewerbe und Unterricht- und Erziehungsweisen beschränken.

Obstruktion und Verfassungsverstoß. „Unannehmbar“ ist der Zolltarif des Grafen Bülow für die Agrarier; aber wer gegen diesen „unannehmbaren“ Zolltarif parlamentarisch obstruiert, soll durch Abänderung der Geschäftsordnung niedergemittelt werden. Das ist die neueste Weisheit der agrarischen Kompromißlüsternheit. Die Kreuzzeitung tritt bereits als Staatsanwalt auf und bezeichnet jede böswillige Verhinderung des arbeitswilligen Reichstags an freiwilliger Arbeit als parlamentarischen Verbrechen. Dabei muß sie sich mit der liberalen Weisheit auseinandersetzen, die an die Obstruktion der Kanalgegner im preussischen Abgeordnetenhaus erinnert hatte. Die Kanalfronde hatte damals so gründliche Obstruktion gemacht, daß sie bei der zweiten Lesung die Zurückverweisung des ersten Entwurfs in die Kommission erzwang, ein Verfahren, das den Zolltarif im jetzigen Stadium der Beratung rettungslos verschütten würde. Ja, wenn die Junter obstruieren, dann ist das Verbrechen des parlamentarischen Mißbestimmungsrechts gegenüber der über der Krone; aber wenn die Sozialdemokratie gegen den Massenwucher zum Recht der Notwehr durch Obstruktion greift, — dann, Bauer, ist das ganz was anderes. Dann ist das böswillige Verhinderung der parlamentarischen Arbeit, die unbedingt durch Abänderung der Geschäftsordnung, d. h. eines Entschlusses der Versammlung, bestraft werden muß.

Diese ganze Auslassung hat hauptsächlich dadurch Bedeutung, daß sie das heiße Gelächter der Agrarier verrät, den angeblich „unannehmbaren“ Tarif des Grafen Bülow selbst um den Preis eines Verfassungsverstoßes durchzupeitschen.

88. Gegen die Fleischnot hat nun auch die Düsseldorfser Handelskammer den folgenden Beschluß gefaßt: „Die Handelskammer beschließt, bei dem Herrn Reichskanzler zu beantragen, nach Düsseldorf die Einfuhr einer nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung bemessenen Zahl von Schweinen (300 Stück wöchentlich) unter den nötigen Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze gegen Seuchen zu gestatten.“ Ausschlaggebend für den Beschluß war die vom statistischen Amte gemachte Feststellung, daß trotzdem in Düsseldorf im letzten Halbjahr über drei Millionen fremde Ausstellungsbesucher mit einem starken Fleischverbrauch aufgetreten sind, der Verbrauch an Schweinefleisch, der 1899 auf den Kopf der mittleren Bevölkerung noch 22,28 Kilogramm betrug, auf 17,02 Kilogramm im ersten Halbjahr 1902 gesunken ist. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß in den ersten 9 Monaten 1902, verglichen mit der gleichen Zeit der Vorjahre, die Einfuhr von Schweinen abermals gesunken ist, sie betrug 1901: 57 146 Stück, 1902: 53 949 Stück. Das sind 3197 Stück

weniger. Auch die Anfuhr von Schafen ist — entgegen den Behauptungen des Landwirtschaftsministers auf der Provinzial-Tierchau in Düsseldorf — zurückgegangen in der erwähnten Zeit (1901: 142 336 und 1902: 119 223 Stück, also 24 113 weniger.) Eine Fleischnot aber giebt es nicht, lagern die Fleischwucherer.

Ein Zweikampf, bei welchem der Referendar v. L. aus Dresden schwer verwundet wurde, hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Berlin stattgefunden. Es wird darüber berichtet: Mehrere Herren, unter denen sich der hier zum Besuche weilende Referendar sowie ein Landwirt und Referendarioffizier B. befanden, saßen am Sonntag bzw. Montag Nacht im Kaiser-Café zusammen. Gegen 1 Uhr gerieten die Genannten bei einem politischen Thema in arge Differenzen und schließlich fiel von seiten des Landwirts B. ein beleidigendes Wort. Auf die Aufforderung des Referendars, sofort zu revozieren, sagte B. eine noch stärkere Beleidigung hinzu, worauf der Referendar aufsprang und seinem Beleidiger den Handschuh ins Gesicht warf. Sofort verließen sämtliche Herren dieser Gesellschaft das Café und begaben sich, nachdem sie sich darüber geeinigt hatten, daß bei der „Schwere der Beleidigung“ diese sofort durch ein Duell auszufechten werden sollte, nach der Wohnung des Herrn B. in der Jägerstraße, wo auf dem Korridor der Zweikampf mit schweren Säbeln stattfand. Schon bei dem ersten Gange erhielt der Referendar einen tiefen Stich in den Unterleib. Er wurde sofort nach seiner Wohnung überführt, wo er schwer krank danieder liegt.

Der Duellbuddsinn wird weiter kultiviert. Ein unbedachtes Wort im politischen Gespräch, das sonst unter verständigen Männern gar nicht ernst genommen wird, muß unter dem Gesichtspunkt des „höheren Ehrgeföhls“ durch ein Duell gesühnt werden. Die Narren, die sich durch den Duellunfug körperlichen Schaden zufügen, am Ende gar auf den Tod verlegen, sind wirklich nicht zu beklagen.

Heber die Gumbinner Soldatentragedie, von der wir bereits gestern kurz berichtet haben, bringt die Deutsche Volkszeitung noch genauere Einzelheiten. Das Blatt bringt einen Brief der Witwe des getöteten Soldaten zum Abdruck, in dem diese die Behauptung aufstellt, ihr Mann sei auf Befehl eines Unteroffiziers auf das furchtbarste mißhandelt und dann aus einer zwei Stock hoch gelegenen Stube zum Fenster auf den Kasernenhof dicht vor dem Wachtposten hinausgeworfen worden und habe infolge dessen seinen Tod gefunden. Die That habe abends stattgefunden. Von den Kameraden ihres Mannes will die Frau des weiteren erfahren haben, daß ihr Mann am Tage vor seinem Tode plötzlich revidiert worden sei und einen Ohnmachtsanfall bekommen habe. Kurz darauf wäre ein Unteroffizier gekommen, hätte auf den Mann geschimpft und einigen Veten befohlen, ihn aus der Stube zu werfen und ordentlich zu verhauen, und dies sei dann auch in bestialischer Weise ausgeführt worden. Beim Schlagen sollen sich die Mißthäter eines eisernen Fensterhakens bedient haben. Als sie ihren Mann am Begräbnistage gesehen habe, seien seine Brust und sein Kopf ganz durchlöchert gewesen und sein Körper habe ganz entstellte ausgesehen. Trotz der Versicherung des Militärmeisters, daß die Leibelthäter bestraft werden sollten, habe sie bis jetzt — die That selbst ist am 8. August passiert — noch keinerlei Nachricht erhalten.

Die Anschuldigungen der Frau sind derart, daß man trotz aller notorischen Kasernenroheiten annehmen möchte, es handle sich hier um gewagte Uebertreibungen. Jedenfalls wird die Veröffentlichung dieses Anklagebriefes die Wirkung haben, daß nunmehr schleunigst Licht in die dunkle Angelegenheit kommen muß.

Die Nationalzeitung teilt nach Erkundigung an maßgebender Stelle mit, daß in Berlin von den geschilderten Vorgängen nicht das mindeste bekannt sei. Zur Meldung gelangt sei lediglich, daß der Kanonier Valtruch infolge Unglücksfalles einen Schädelbruch erlitten habe. Vor dem Sturz befand er sich in angetrunkenem Zustande. Die Untersuchung sei von den maßgebenden Stellen bereits veranlaßt worden.

Ein neues Streikpostenverbot. Das Polizeiamt in Rostock hat eine Bekanntmachung „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit“ erlassen, in der „ausständigen Gewerbetreibenden, gewerblichen Behörden, Gesellen und Arbeitern“ verboten wird, „auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahn, Brücken und Anlegestellen der Schiffe alle Streikposten sich aufzustellen, aufzuhalten oder umherzugehen“. Uebertretungen werden auf Grund § 366,10 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Der Rostocker Polizei ist es also unbekannt, daß die Polizei in Lübeck eine ähnliche Verordnung erlassen hat, die in der Sitzung des Reichstags vom 14. April 1900 von allen Parteien und selbst vom Regierungsvertreter als dem in § 153 der Gewerbeordnung gewährtesten Koalitionsrecht der Arbeiter entgegenstehend bezeichnet wurde und die, da die Lübecker Polizei ihr Unrecht nicht einsehen wollte, vom Reichsgericht am 4. Februar 1901 ausdrücklich für ungültig erklärt werden mußte, ehe sich die auf die Rettung des Staates bedachten Behörden in Lübeck zur Zurücknahme der ungesetzlichen Verordnung veranlaßt sahen. Und Rostock liegt doch nicht gar zu weit von Lübeck. Auch liegt der Lübecker Vorgang nicht so lange zurück, daß er schon der Vergessenheit angehören könnte. Hoffentlich läßt die Polizei in Rostock es nicht erst zu einer neuen gerichtlichen Entscheidung kommen, sondern sie zieht, wie die Dresdener Polizei im vorigen Jahre beim Glasarbeiterstreik, ihre ungesetzliche Verordnung zurück.

Die Gerichtskosten im Prozeß der Trachener Gefühlsverwaltung werden auf 12—20 000 Mk. berechnet. Die Strafen, die dabei ausgesprochen worden sind, betragen 100 und 300 Mk. Die Nebenstrafen erreichen also bald das Hundertfache der Hauptstrafen. Sogar der bürgerlichen Presse will dieses Mißverhältnis nicht in den Kopf gehen. Sie plädiert deshalb — nicht etwa für eine Abänderung der Gesetzgebung, die solche Ungeheuerlichkeiten zeitigt, sondern — für die Niederschlagung der Kosten im Quadenwege. Damit würde das feine Rechtsgewissen der bürgerlichen Presse sich befriedigt erklären. Vermutlich wird sie aber auch darauf verzichten müssen.

Zu den bayerischen Gemeindevahlen wird aus Augsburg geschrieben: Die Augsburger Genossen nahmen in einer stark besuchten Parteiverammlung zu den in diesem Monat stattfindenden Gemeindevahlen Stellung. Da bei dem denkbar schlechtesten Wahlrecht nicht der leiseste Gedanke an einen Erfolg besteht, wurde völlige Stimmeneuthaltung beschlossen. Bei der Wahl vor 3 Jahren wurde mit Aufstellung von Kandidaten der Versuch gemacht, in das liberale Stadregiment eine Bresche

zu legen, aber der Versuch reizte nicht zur Wiederholung. Charakteristisch für das bestehende Wahlrecht ist, daß es nicht einmal den Ultramontanen, die in Augsburg einen Hauptstütz haben, möglich ist, sich einige Sitze zu sichern; denn die Gebühren zur Erlangung des Bürgerrechts belaufen sich, ausschließlich des Grundbesitzes, auf 128 Mk. Es wurde jetzt beschlossen, nach Ablauf der Reichstagswahlen in eine energische Aktion dafür einzutreten, daß die Erlangung des Bürgerrechts auch der arbeitenden Bevölkerung möglich gemacht werde.

88. Düsseldorf, 3. November. An den Stadtverordnetenwahlen beteiligten sich in Düsseldorf in diesem Jahr zum ersten Mal die vereinigten freien Gewerkschaften und die Gewerlovereine. Beide haben gemeinsame Kandidaten aufgestellt und am Sonntag 50 000 Flugblätter in Düsseldorf verteilen lassen.

Niederlande.

Klerikales Prozeßum. — Die Prostitutionfrage. — Aus Atsch.

Unser vl.-Berichterstatler schreibt uns: Wir waren in Holland einen einigermaßen bescheidenen Klerikalismus gewohnt. Nicht, daß unsere Frommen so bescheiden veranlagt wären, aber das Volk und die Wählerchaft hatten so oft die Klerikalen in der Minderheit gelassen, daß diese sich vornehmen, einigermaßen vorichtig zu sein. Jetzt aber scheint sich das Blatt gewandt zu haben. Die Klerikalen haben eine starke Mehrheit im Parlament. Die Liberalen sind aus Angst vor der Sozialdemokratie so wenig antil-klerikal, daß sie unklugst in einem Atsch, wo die Klerikalen höchstens ein Drittel der Wählerstimmen haben, in Amsterdam IX, den Klerikalen Kandidaten ins Parlament brachten und so die reaktionäre Mehrheit noch stärkten.

Und als die Klerikalen bemerkten, daß ihre Herrschaft feststeht, da fingen sie an, provig zu werden. Die gesamten Vorstandsmitglieder aller klerikalen Wählervereine in Amsterdam haben an den Bürgermeister und Unterbürgermeister (Schreffin, schovins) zwei Petitionen gefandt, welche viel Staub aufgewirbelt haben. In der ersten Petition verlangen sie ein Verbot an die Lehrer, sich öffentlich an der Politik zu beteiligen. Beim jüngsten Wahlkampf in Amsterdam IX haben nämlich 100 Volksschullehrer ein Circular an die Wählerchaft gerichtet, welches also lautete: „Unterzeichniete, alle Lehrer im Kreis Amsterdam IX, laden Sie ein, am 11. dieses Monats Ihre Stimme für den Kandidaten Rechtsanwalt R. J. Troelstra abzugeben.“

Das hat den Klerikalen nicht gefallen! 100 sozialdemokratische Lehrer in einem Wahlkreis! Und das in einem Lande, wo Dr. Kuyper Groß-Bezir ist! Diese Kerle müssen erfahren, daß man in unserer wohlgeordneten Gesellschaft das Lied des-jenigen zu singen hat, dessen Brot man ißt.

Und da haben die Klerikalen Herren sich mit der Bitte an den Gemeindevorstand gewendet, ein solches Auftreten den Lehrern zu verbieten. Beim Amsterdamer Gemeindevorstand werden sie wohl keinen Erfolg haben; aber dann steht noch die Verufung an den Minister des Inneren offen, und das ist Dr. Kuyper, eine holländische Ausgabe des Dr. Lurper.

Die zweite Adresse derselben Herren gilt den Straßendemonstrationen. Man bittet den Magistrat, bei Wahlen keine Erlaubnis mehr für Aufzüge zc. zu geben. Auch das gilt den Sozialdemokraten; denn die anderen Parteien dürfen sich ja auf der Straße nicht zeigen. Wenn man nun lieber unmorganisierte Manifestationen hat, wobei es viel schneller Unruhe giebt als bei organisierten, so kann den Herren ja geholfen werden.

Das Ganze sagt aber wieder, welchem Zustand wir entgegengehen, wenn dieses Bölkchen die Mehrheit behält.

Die Prostitutionfrage ist in Holland auf der Tagesordnung. Vor ein paar Jahren hat der Amsterdamer Gemeinderat eine Gemeindeordnung gemacht, wobei Bordelle verboten worden sind, und diese Verordnung hat man dann dazu benugt, um einige Bordelle polizeilich zu schließen. Der Inhaber eines der größten Häuser widersehte sich — die Justiz hat ihm Recht gegeben. Die Gemeinde hat kein Recht, Bordelle polizeilich zu schließen; das kann in Holland nur die Reichsgesetzgebung thun. Nun ist die Frage, ob ein solches Gesetz zu bekommen ist, und da die Befürworter eines solchen Verbots hauptsächlich in christlichen Kreisen zu suchen sind, also bei den Parteigenossen der Regierung, scheint einige Aussicht zu bestehen, daß die Regierung ein solches Gesetz einbringen wird.

Die Forderung ist nun nicht die, daß alle Bordelle geschlossen werden, sondern es sollen nur die Häuser verboten werden, wo jemand an anderen Gelegenheit zur Unzucht bietet, also die Häuser, wo ein Bordellhalter Frauen ausbietet. Wenn eine Frau in eigener Wohnung, oder mehrere Frauen zusammen, Prostitution treiben wollen, so kann das ungehindert geschehen; nur dem Mädchenhandel und der Ausbeutung will man vorbeugen.

Unter den holländischen Genossen wird die Frage, ob die Sozialdemokraten sich in die Angelegenheit einmischen sollen, lebhaft diskutiert.

In Atsch wird in der letzten Zeit wieder mehr als je gefochten. In der Zeit von vier Wochen sind drei holländische Truppenabteilungen von 40—100 Mann stark, durch die Atscher in Hinterhalte gelockt und teilweise ausgerieben worden. In einem Gefecht verloren die Holländer 11 Tote und 25 Verwundete. Es war ein Kiewangangriff (ein Kiewang ist ein Weil, mit welchem die Atscher gewandt umgehen), der so unerwartet kam, daß freilich der Holländer nur die Offiziere mit ihren Revolvern feuern konnten. Die Atscher verloren 24 Tote. Die anderen Gefechte waren auf holländischer Seite weniger blutig, deuten aber auf eine noch lange nicht gebrochene Widerstandskraft bei den Atschern hin, welche unter ihrem Häuptling Pauglima Bolem ins Gebirge geflüchtet sind und da eben so wenig gefangen werden als de Weil von den Engländern.

Ein schauderhaftes Ereignis wird aus Meerage auf Neu-Guinea gemeldet. Eine Anzahl Atscher waren durch die Holländer nach Meerage gebracht, um da als Zwangsarbeiter zu verbleiben. Die Herrschaft der Holländer auf Neu-Guinea beschränkt sich ganz und gar auf die Küste, im Binnenlande sind die Papuas noch Herren und Meister. Eines Tages waren 12 Atscher verschwunden und zwar 12 der kampfesfähigsten. Sie hatten selbst Gewehre und Munition gestohlen. Nicht ohne Ursache war man in holländischen Kreisen über den Widerstand besorgt, welchen diese 12 tüchtigen Kämpfer unter den Papuas organisieren konnten, und eine starke Patrouille zog aus, um die Atscher, wenn nicht zu fangen, so doch zu verhindern, daß sie sich bei den Stämmen in der Nähe aufhielten. Nach einigen Tagen schon kam die Expedition zurück. In einem großen Papua-Dorf hatte man die Köpfe der Atscher gesehen. Die Leute waren durch die Papuas selbst geschlachtet und . . . aufgeessen worden.

Da waren die christlichen Holländer natürlich sehr erbaut, daß ihre Besorgnis umsonst gewesen war. Ob sie aber dadurch mehr Vertrauen zu den Papuas gewonnen haben, ist zu bezweifeln.

Gierzu zwei Beisagen.

Flugblatt-Verbreitung

Sonnabend den 8. u. Sonntag den 9. November

zur Agitation für die

Stadtverordnetenwahlen.

Treffpunkt der Genossen in folgenden Lokalen:

Bezirk Alt-Leipzig:

Sonnabend abend 7/8 Uhr und Sonntag früh 1/8 Uhr.

Centrum: Restaurant Stadt Gotha, Große Fleischer-gasse 14.

Norden: Restaurant Stadt Berlin, Berliner Straße.

Ost: Coburger Hof, Windmühlenstraße.

West: Restaurant Morgenröte, Hauptmannstraße 7.

Süd: Restaurant Dieke, Körnerstraße 36.

Westbezirk:

Sonntag früh 1/8 Uhr.

Plagwitz: Restaurant Kamerun, Nonnenstraße.

Lindenau: Albert Küller, Merseburger Straße.

Kleinzschocher: Bürgergarten.

Sonnabend abend 1/2 Uhr.

Leipzig: Restaurant Morgenröte, Hauptmannstraße.

Nordbezirk:

Sonnabend abend 1/2 Uhr und Sonntag früh 1/8 Uhr.

Die Genossen von **Gohlis, Möckern und Wahren** im **Mönchshof, Gohlis, Georgstr. 21.**

Die Genossen von **Entritzsch und Mockau** im **Restaurant Hoyer, Entritzsch, Schneefelder Straße.**

Wir richten an die organisierte Arbeiterschaft von Leipzig die dringende Auf-forderung, sich recht zahlreich zu der Verbreitung des Flugblattes einzufinden. Es gilt, in uns noch fernstehende und indifferente Kreise einzudringen. Also thue ein Jeder seine Pflicht.

Das Central-Wahlkomitee.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Mittwoch den 5. November abends 7/9 Uhr

Mitglieder = Versammlung

im **Gambrius, L.-Connewitz, Biedermannstr.**

Tagesordnung:

Vortrag über: Skizzen aus Paris.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. NB. Programme zu unserem Sonntag den 9. November stattfindenden **Stiftungs-Fest** sind in den bekannten Verkaufsstellen zu entnehmen.

Restaurant u. Frühstücksstube Joh. Wienholtz

Ecke **Hospital- und Thalstrasse.** Empfehle meine freundlichen Lokalitäten werten Gästen und Bekannten zur gefälligen Benutzung. Vormittags warme Küche. Mittagstisch. Jeden **Dienstag Schlachtfest.** ff. Getränke. Achtungsvoll **Joh. Wienholtz.**

Goldene Krone, Möckern.

Sonntag den 9., Montag den 10. und Dienstag den 11. November **Orts-Kirmes.** ff. Biere der **Bergbrauerei Möckern** sowie **Glänzebraten ff.** und biverse andere Speisen und Getränke. Um zahlreichen Zuspruch bittet **Theodor Saller.**

Restaurant zum Anker, Stötteritz.

Mittwoch den 5. November 1902

Martins- und Einzugs-Schmaus

verbunden mit **Instrumental-Konzert.** Speisen u. Getränke vorzüglich. Hierzu ladet ergebenst ein **H. Heinze.**

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, lieben Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage mein **Specialgeschäft** für

Cigarren, Cigaretten und Tabake

in **Knautzleeberg, Kirchstraße 33 d**

eröffne. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft jederzeit-zufrieden zu stellen. Mit der höflichen Bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichnet in größter Ehrerbietung **Otto Fleck.**

Verantwortlicher Redakteur: August Rüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Kaufen Sie Ihre Schuhwaren nur bei Max Tack
Reichsstrasse 33/35
neben dem Reichsmagazin.

Pelzwaren
in großer Auswahl, Muffe u. Collier etc. in allen Sorten. Ausfertigen sowie Umarbeitung aller Pelzwaren.
K. Panzer, Kürschner
9676] Querstraße 11, III. r.

Colonnadenstr. 34 I.
„am Westplatz“
finden Sie Vortheile wie in keinem anderen Geschäft!
Möbel
in ganzen Einrichtungen, wie auch einzelnen Stücken in allen Preislagen
auf Credit
Die Theilzahlung bestimmt jeder Käufer selbst.
Hochelegante
Herren-Garderobe
entzückende
Damen-Garderobe
in tadelloser Ausführung.
Credit erhält Jeder ohne Ausnahme. Mein Geschäft ist als streng reell bekannt, daher achte Jeder auf meine einzige Adresse: **Colonnadenstr. 34, I.** und einzige Firma:
L. Cohn.

Monatsgarderobe.
J. Kindermann, Salzgraben 9, I.
am Markt u. Rathaus.
Empfehle ich reicher Kundenschaft allerfeinste Herbst- u. Winter-Modestück, kompl. Auszüge, Unterkleider, alle Facons u. Weiten. Eleg. Ferts u. Gesellschaftsausg., auch selbst

Richard Schulze
Lindenau Plagwitz
Marsburger Strasse Zschochersche Strasse 12
Specialgeschäft für Herrenartikel.



Neuheiten in Herrenhüten
Krawatten, Chemisette, Kragen, Manschetten, Glacé-Handschuhe
Schirme, Stöcke, sowie feine Lederwaren in großer Auswahl.
Grosse Auswahl in Regenschirmen.
Bitte meine vier Schaufenster zu beachten.
9516]

Sofort darauf zu warten.
Herrenhüten u. Abfahlfede u. 1.90 an
Damenhüten u. Abfahlfede u. 1.50 an
Kinderhüten u. Abfahlfede u. 0.80-1.50
Häckerel, Schuhveränd. schnell, gut, billig
Gummizüge 1 A.
Dampfschnellschleifer **Münzstraße 7.**

SCHWEIZER CIGARETTEN.
Jedem Raucher hochwillkommen.
200 Viktoria Brasilians Mk. 2.70
200 Kneip-Cig., mildfein 2.80
200 Alpenrosen, hochfein 2.90
200 Edelweiss superieur 3.-
von 1000 Stück an franko.
Cigarrenfabriklager, Boswil Aargau, Schweiz. [9886]

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.
Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages in München
mit Anhang:
Bericht über die 2. Frauenkonferenz.
Preis 60 Pfg. Preis 60 Pfg.
Alle Austräger der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Kanonen- oder Quintöfen
Rohre, Roste, Ofenplatten, Kohlenkasten
Wringmaschinen bester Qualität in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt
Alwin Richter, Dresdener Str. 36
(neuerbautes Eckhaus am Stephanplatz). [9038]

Kaufen Sie Homespun- und Filzhüte
für Damen und Mädchen
neueste Formen, zu unglaublich fabelhaft billigen Preisen nur in der
Dresdener Stroh- u. Filzhut-Industrie
Leipzig, Brühl 3 (neben der Hainstrasse).
Modistinnen erhalten Rabatt.

Aus der Partei.

Die Reichliche Tribüne wirkt uns „eine geradezu widerliche Ost zur Anzempelt und Stänkerer“ vor. Wir stellen dem gegenüber fest, daß die Parteipolemiken, die wir in den letzten Wochen zu führen gezwungen waren, einzig und allein durch diejenigen Parteimitglieder und Parteigenossen hervorgerufen worden sind, die es für gut befanden, zwei rein interne Angelegenheiten der Leipziger Genossen und der Leipziger Volkszeitung, die Hilfsaktion für den verstorbenen Genossen Wittich und die Kündigung eines Mitarbeiters, an die Öffentlichkeit zu zerren und in unwahrer Weise gegen uns auszuspielen.

Wir stellen noch einmal fest, daß alle Parteipolemiken, zu denen wir in den letzten Wochen gezwungen waren, einzig und allein durch Angriffe provoziert worden sind, die, entgegen allen Ueberlieferungen der Partei, wegen der Kündigung eines Mitarbeiters und der Hilfsaktion für den Genossen Wittich gegen uns gerichtet wurden. Von diesen beiden Angelegenheiten gehört keine vor die Öffentlichkeit und in keiner von beiden trifft die Leipziger Genossen oder die Leipziger Volkszeitung auch nur die geringste Schuld.

Zur Textilarbeiterbewegung.

Meerane, 3. November. Heute wurde die dritte Streikunterstützung ausgezahlt. Die Stimmung ist unverändert dieselbe wie bei Anfang des Streiks. Ueberall sieht man Gruppen von Arbeitern bei einander stehen, die sich über den Streik unterhalten; dabei kommt allenthalben der Wille zum Ausdruck, auszuharren. Die Ausständigen sind sich bewußt, daß, wenn sie dieses Mal nachgeben, sie auf lange Zeit zurückgeschlagen sind. Neuerdings versuchen die Fabrikanten alle Schrekmittel, um die Arbeiter zum Treubruch zu veranlassen. Da sollen die Betriebe geschlossen werden und alle mit festem Lohn oder Gehalt Angestellten ihre Kündigung erhalten.

Luzenau, 2. November. Einem äußerst starken Besuch holte sich die am vorigen Sonnabend einberufene öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung zu erfreuen. Referent, Verbandsvorsitzender Hübsch-Berlin, verstand es herrlich, die Zuhörer zu fesseln, was der starke Beifall während und am Schlusse der Versammlung bewies.

Kleines Feuilleton.

Schauspielhaus. (Die sittliche Forderung. Die Erziehung zur Ehe.) Ich denke, mehr als einer meiner Leser wird irgendetwas kennen, der ein scharfer Kopf ist, sicher und fest urteilt und auch zum Angriff vorgeht, wenn er Lumperei und Häßlichkeit sieht, dann aber plötzlich halt macht und nicht mehr miffämpt: „Ach Gott, laßt uns lustig sein, 's ist ja alles die wohlbekannte Hübscherei und bleibt die bekannte Hübscherei; also profi!“

Gestern wurde im Schauspielhaus zunächst ein kleiner Charakter gegeben: Die sittliche Forderung. Das ist ein aus tieferer Stimmung heraus geschaffenes Stück, ein Werk von einer wunderbaren Reinheit der Form, dessen Dialog entzünden muß.

Die Erziehung zur Ehe, dem zweiten Hartlebenschen Stück, das gestern gegeben wurde, sieht es anders aus. Da herrscht zunächst die Satire, der Spott und der Hohn. Da wird geschildert, wie die hochanständige verwitwete Frau Günther ihre Kinder zur Ehe erzieht. Ihre Kinder haben die ältliche anständige Erziehung genossen. Nun ist aber die brave Suse ein heimatlicher Nachfisch geworden und der schnelbige Herrmann ein Student im foudroyierten Semester, der demnach in der bürgerlichen Gesellschaft einen honetten Staatsbürger abgeben soll.

Langenau tagende öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Verbandsvorsitzenden Hübsch-Berlin, vollständig einverstanden. Trotz ihres teilweise sehr geringen Einkommens versprechen die Versammelten, sich mit den Ausständigen solidarisch zu erklären und dieselben nach Kräften finanziell zu unterstützen.

Der Kampf gegen den Alkohol

Soll nun vom Guttemplerorden auch in Leipzig ernsthaft aufgenommen werden. Die fünf in Leipzig vereinigten Logen des Ordens hatten zu gestern abend eine öffentliche Versammlung nach dem Wilsener Hof einberufen, die von etwa 120 Personen beiderlei Geschlechts besucht war. Rittgutsbesitzer Dr. A. Smith aus Menzendorf sprach als erster Redner über berausende Getränke, Mäßigkeit und Enthaltbarkeit. Es gäbe, meinte der Redner, gegenwärtig keine wichtigere Frage, als die Alkoholfrage; von ihrer Lösung hänge das Wohl und Wehe der Menschheit in der Zukunft ab.

Hierauf hielt der Oberstabsarzt Dr. Mathäi einen Vortrag über: Morphiumsucht und Alkoholsucht. Er wiederholte dieselben Ausführungen, wie in seinem letzten Vortrag, über den viel seiner Zeit berichteten. Er behandelte die Frage vom ärztlichen Standpunkte aus; jeder Trinker, ob mäßig oder nicht, sei alkoholkrank; man dürfe ihm dies aber nicht zum moralischen Vorwurf machen; völlige Enthaltbarkeit sei das einzige Heilmittel.

entstehe ebenfalls unter dem Druck des Alkohols, und wenn dann die Zeitungen noch mit einschümein, so sei den Guttemplern dies nur lieb, denn dadurch erwähne man sie und die von ihnen vertretene Sache. In Amerika hat sich in den gebildeten Kreisen der Gesellschaft schon die Anschauung durchgesetzt, daß es verbanntswert sei, dem Gaste in Form von Alkohol Mit anzubieten.

Den beiden Referenten folgte eine rege Diskussion, in der namentlich auch geschriebene Anfragen stark benützt wurden. Die Anfrage, daß wenn man Abstinenzler sei, auch nicht rauchen dürfe, da der Nikotin doch auch schädlich wirke, wird von Smith dahin beantwortet, daß der Nikotin erstens nicht so gefährlich sei, wie der Alkohol und die Folgen seine soziale Erschöpfung zeitigen könnten. Die Frage, ob man bei schweren Arbeiten alkoholische Getränke genießen dürfe, wird verneint, wie durch Mitglieder aus dem Orden (Steiniger u. l. w.) nachgewiesen sei.

Seine Arbeiter unterschieden sich in Aussehen und Wohl befinden von allen übrigen der dortigen Gegend. Dann meinte er, daß auch er den Stand der Schnapsbarone, wie noch verschiedene andere, für schädlich und befeitigungswert halte. Zum Schlusse bemerkte dann der „Arbeiterfreund“, daß, so lange der Arbeiter ein Gehälte seines Einkommens für Alkohol ausgeben, habe er nicht nötig, über die hohen Lebensmittel- und besonders über die Brotpreise zu schreiben. (Lebhafte Beifall.)

Leipziger Angelegenheiten.

Von der arbeiterstatistischen Abteilung des Kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin wird die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift vorbereitet, in der arbeiterstatistische Daten und sonstige für die Arbeitsverhältnisse bedeutsame Mitteilungen zusammengestellt und veröffentlicht werden sollen. Für das Zustandekommen und für eine den praktischen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung dieser Zeitschrift ist es erwünscht, daß alle beteiligten Kreise das bei ihnen vorhandene einschlägige Material der Abteilung für Arbeiterstatistik zur Verfügung stellen.

Der Verein Vorwärts 2.-Stid beschickte am Reformations-tage die Gasanstalt II. Herr Inspektor Schilde führte die etwa 70 Teilnehmer zunächst nach dem Gebäude, in welchem die Gasmeser aufgestellt sind. Hier hielt der genannte Herr an der Hand des feiner Jelt in der Leipziger Industrieausstellung ausgesetzten Modells der Gasanstalt II einen überaus lehrreichen und ausführlichen Vortrag über den ganzen Prozeß der Gasherstellung, so daß es dann leicht war, auf einer Wandertour durch die einzelnen Gebäude die verschiedenen Phasen des Werdens und der Reinigung des Gases, sowie die Gewinnung der einzelnen Nebenprodukte zu verfolgen.

Sorge, daß die beiden sich nicht verkleinern. Suse liebt einen jungen Studenten, der noch lange wird warten müssen, bis er eine feste Position in der Gesellschaft gewinnt. Wie bumm! Suseknigt wird der junge Mann zum Teufel gesagt; Suse wird noch lernen müssen, eine solche Bütgerktochter zu sein — ob dabei ihr Empfindungsleben Schaden leidet, ist ja ganz gleichgültig. Und Herrmann ist auch in Gefahr, auf Abwege zu geraten.

Gilt der dritte Akt nur ganz lose mit der Haupthandlung zusammen. Hier wird die Wirkung geschildert, die das brutale Vorgehen der Familie auf die Wuchhalterin hat, der der brave Herrmann plötzlich den Abschied gegeben. Meta Hülbe wird aller Sentimentalität ledig, nachdem sie weggeworfen ist, wie ein wertloses Ding. Nun will sie sich nicht mehr hingeben wie bisher in der Liebe, sie will nehmen, sie will genießen, der Egoismus wird in ihr wach, der sie lehren soll, wie sie aus dem Schlamm herauskomme und sich ein Leben nach eigenen Grundsätzen und nach einem Gutdünken bauen kann.

Wie man erkennen wird, fehlt der Erziehung zur Ehe die Ein-

äußerst sinnreiche Vorrichtung ist eine immerwährende Bewegung, sowie ein gleichmäßiger Druck erzielt. Die ganze Einrichtung ist wert, sie sich einmal anzusehen. Auch kommt die Direktion in bereitwilligster Weise einem derartigen Besuch seitens der Arbeitervereine entgegen.

Der Ringelbeutel für das Völkerschlachtendenkmal ist ununterbrochen in Bewegung. Solange man dabei nur Personen zu engagieren sucht, die für das Denkmal die notwendige patriotische Begeisterung befehligen, blieb die große Masse des Volkes davon unberührt. Nachdem aber die mannigfachen Sammlungen und Aufrufe an unsere Patrioten nur recht minimale Erfolge gehabt haben, greifen die Patriotenbündler zu anderen Mitteln. Mehrere Lotterien sollen veranstaltet und damit die Steuern auf die Dummheit der Masse noch um eine Nummer bereichert werden. Man sammelt in den Schulen und sucht dadurch auch die ärmere Bevölkerung zu einem Beitrag heranzuziehen. Die Kinder werden durch den Lehrer veranlaßt, eine Kleinigkeit für das Denkmal mitzubringen. Zu Hause bestürmen die Kinder Vater und Mutter um die Verabfolgung einiger Pfennige; in der Regel ist es die Mutter, die den Willen des Kindes nicht widersteht zu können glaubt, wenn auch der im Fabrikische sich abrackende Vater es nicht hat daran fehlen lassen, ihr klar zu machen, daß er für derartige Sachen ein für allemal kein Geld übrig hat. In gar manche Familie wird auf diese Weise durch die Denkmalschnorrerei der Zwist getragen, vielleicht weniger der Pfennige wegen als wegen der Gewissenspein, unter der ein überzeugter Arbeiter zu leiden hat, wenn er erfahren muß, daß seine sauer verdienten Groschen zum Teil von den überpatriotischen Denkmalsförderern in Anspruch genommen worden sind.

Der Volkshochschulkursus des Professor Dr. Conrady über Chinese Sprache und Literatur kann leider nicht stattfinden, da der Vortragende durch Verpflichtungen dringender Art plötzlich verhindert wurde. Dagegen wird er voraussichtlich im März einen oder zwei Vorträge auf dem Gebiete der chinesischen Kulturgeschichte abhalten. Der für die Karten bezahlte Betrag wird an den Verkaufsstellen zurückgegeben. — Der nächste Vortrag des Professor Witkowski ist verschoben und findet Mittwoch den 12. November statt.

Eine niedliche Raubvalgerei ist in der hiesigen Konditorien-Branchen-Sinnung ausgebrochen, die ihre Ursache noch in der letzten Ausstellung hat. Eine große Anzahl von Angehörigen der Innung verlangt von dem Ausstellungs-Komitee eine ordnungsgemäße Abrechnung, die von dem Komitee, an dessen Spitze der Obermeister der Innung steht, mit der Begründung verweigert wird, daß die Ausstellung nicht Innungssache sei. Die Konditoren, welche auf einem anderen Standpunkte stehen, haben in einer Eingabe an den Rat der Stadt Leipzig nachzuweisen versucht, daß die Ausstellung doch als Innungsangelegenheit anzusehen gewesen sei, und die Einberufung einer Innungsversammlung durch den Rat beantragt. Die Antragsteller sind zunächst zu einer Aussprache vor den Rat der Stadt Leipzig (Abteilung für Gewerbeangelegenheiten) geladen worden.

Versicherungswesen. Die in den Händen des Publikums befindlichen Invaliden-Versicherungsmarken durften bisher von den Postanstalten nicht umgetauscht werden. Es war dies besonders dann unangenehm, wenn infolge Minderung von Lohnzahlungen oder anderer Ursachen derartige Marken, die unter Umständen noch in größerer Menge vorhanden waren, für den Besitzer wertlos wurden. Jetzt hat die Postverwaltung gestattet, daß Versicherungsmarken gegen derartige Marken einer anderen Sorte von den Postanstalten auf Wunsch umgetauscht werden dürfen, wenn die Marken noch gültig, völlig unbeschädigt und in einem solchen Zustande sind, daß mit Sicherheit erkannt werden kann, daß von ihnen noch kein Gebrauch gemacht worden ist. Die Marken werden nur gegen andere Versicherungsmarken, nicht gegen bar, umgetauscht, ein etwaiger Unterschied der Werte ist an die Postkasse bar zu entrichten. Auch hat jede Postanstalt nur die Marken derjenigen Versicherungsanstalt umzutauschen, deren Marken sie zum Verkauf führt. In den Händen des Publikums verdorbene oder unbrauchbar gewordene Versicherungsmarken werden nur durch die Versicherungsanstalten, an welche die Anträge zu richten sind, nicht durch die Postanstalten, umgetauscht.

Wieder eine verkrachte Schwindelsaff. Das Bezirksamt

Mannheim glaubt bekannt: Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß durch rechtskräftige Entscheidung des Bezirksrats Mannheim als höhere Verwaltungsbehörde vom 4. September 1902 die Schließung der Badischen Krankenzusatz-Sterbekasse für Männer und Frauen, Vorsicht, eing. Hilfskassen Nr. 17, mit dem Sitz in Mannheim auf Grund des § 29 des Reichsgesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 bzw. 1. Juni 1884 mit Wirkung vom 1. Oktober 1902 verfügt wurde. Die Abwicklung der Kasse wurde Herrn Wilh. Uor-mann, Materialverwalter, Rheinlandsstraße 5 hier, übertragen. — Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch gleich vor dem Beitritt zu der Krankenkasse Bavarica, die ihren Sitz in München hat, eindringlichst warnen.

Öffentliche Geldsammlungen. Im Anschluß an eine vor zwei Jahren erlassene Ministerialverordnung, durch die die öffentlichen Geldsammlungen geregelt wurden, hat jetzt das sächsische Ministerium des Innern eine anderweitige Verordnung folgenden Wortlauts erlassen: Die mit Ausführung einer genehmigten öffentlichen Sammlung betrauten Sammelboten bedürfen nach Ziffer 2 der Verordnung vom 2. Juli 1900 einer von der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde — Amtshauptmannschaft, Stadtrat mit revolvierender Stadtorde — auszustellenden schriftlichen Legitimation und haben die zu führenden Sammelbücher für die einzelnen Verwaltungsbezirke beziehentlich Sammelbezirke besonders abzuschließen und der zuständigen Amtshauptmannschaft beziehentlich dem Stadtrat zur Nachprüfung vorzulegen. Neuerdings sind nun Zweifel darüber entstanden, welche Behörde in denjenigen Fällen, in denen die Geldsammlung nicht von der unteren Verwaltungsbehörde selbst für ihren Bezirk, sondern von dem Ministerium für das ganze Land oder von einer Kreisamtsamtschaft für deren Regierungsbezirk genehmigt worden ist, die Legitimation für den Sammelboten auszustellen und der Nachprüfung des Sammelbuches „das meist die Einträge der Geber aus zahlreichen Ortschaften enthalte“ — sich zu unterziehen habe. Die gestellte Frage ist dahin zu beantworten, daß auch in diesen Fällen jede einzelne untere Verwaltungsbehörde dem Sammelboten für ihren Bezirk eine Legitimation auszustellen und das Sammelbuch auf die aus ihrem Bezirke gespendeten Gaben nachzuprüfen hat. Die Kreisamtsamtschaften werden angewiesen, daß hiernach Erforderliche vorzunehmen und zugleich zu veranlassen, daß künftig für jeden Verwaltungsbezirke beziehentlich Sammelbezirke gesonderte Sammelbücher verwendet und dann, wenn der Sammelbezirk sich aus mehreren Ortschaften zusammensetzt, die Geber getrennt nach den einzelnen Ortschaften eingetragen werden.

Eine Mordthat wurde heute früh 8 Uhr in dem Hause Marienstraße 15b zu Lindenau verübt. Der 25 Jahre alte Tischler Hermann Gustav Lorenz, der in der Albrechtstraße 10 wohnt, schoß in dem erst erwähnten Hause seine von ihm getrennt lebende 25 Jahre alte Ehefrau Laura Alma mit einem Revolver in den Kopf, worauf er die mörderische Waffe auf sich selbst richtete. Ein Schuß in die Schläfe führte sofort seinen Tod herbei. Die Frau befindet sich noch am Leben.

Anfälle. In der Eisenstraße stieß gestern nachmittag ein Motorwagen mit einem mit Brettern beladenen Wagen zusammen. Beide Wagen wurden leicht beschädigt. — Während der Fahrt mit der Straßenbahn wurde gestern nachmittag ein 18-jähriges Dienstmädchen in V.-Lindenau von heftigen Krämpfen befallen. Die Erkrankte fand Aufnahme im Plagwitz Krankenhaus. — In der Alten Straße in V.-Plagwitz stürzte gestern abend das Pferd eines Wärtners und verendete alsbald. Der Kadaver wurde von der chemischen Fabrik abgeholt. — In der Wollauer Straße explodierte gestern abend die an einem Neubau angebrachte Sicherheitslaterne, wodurch der Laternenstand in Brand gerieth. Ein Schutzmännchen unterdrückte das Feuer.

Kleine Polizeinachrichten. In der Nacht zum Montag wurde in eine Restauration in der Dresdenstraße eingebrochen. Der Dieb hat verschiedene Behältnisse aufgesprengt und daraus einen Geldbetrag, ferner einen Spazierstock von Ebenholz mit silberner Krücke und der Widmung: Karl Hörmann f. l. Leibburschen R. Wegel gestohlen.

Bei einem auswärts verübten Einbruchsdiebstahl sind sieben Ballen Tuch im Werte von 500 Mark gestohlen worden. Auf die Herbeischaffung der gestohlenen Ballen ist eine Belohnung ausgesetzt.

Aus einer Bude an den sogenannten Bauernwiesen in der Südvorstadt wurden zwei Fußbälle, zwei Fußballschuhe und verschiedene andere Sachen im Werte von 55 Mark gestohlen.

Ein unbekannter Dieb hat am Sonnabend abend in einer hiesigen Babenanstalt einem Babegast sämtliche Sachen, den Sommerüberzieher, Jacketanzug, Hut, die Leibwäsche, eine silberne Remontouruhr und das Portemonnaie mit Geld entwendet und dafür seinen alten, abgetragenen Anzug zurückgelassen.

In der Kronprinzstraße wurde am Sonnabend einer Händlerin ein Portemonnaie mit 80 Mark Inhalt von einem Wagen gestohlen.

Aus einem Lokal in der Windmühlenstraße stahlen Diebe einen schwarzen Sommerüberzieher mit schwarzem und weißem Futter und aus einem Fremdenzimmer eines Gasthauses derselben Straße einen Geldbetrag von 40 Mk., sowie zwei goldene Broschen,

die eine mit drei Büchlein, die andere mit einem Buchstaben, B., verziert.

In der Waldstraße zu V.-Lindenau hat ein unbekannter Mensch am Sonntag früh aus Mangel über seine erfolglose Ausrüstungsgeld aus einer Wirtshaus eine große Schaufensterhebe dieses Falls im Werte von 240 Mk. und eine kleinere Scheibe im Werte von 20 Mk. zertrümmert. Der Unbekannte war etwa 20 Jahre alt und hat einen dunklen Indeltanzug getragen.

In Haft genommen wurde ein schon mehrmals bestrafter Schmeiß aus Obergriesheim, der kürzlich zur Nachtzeit in Gemein-schaft mit einem noch unermittelten Manne auf der Merleburger Straße einen angeheulerten Radfahrer das Rad, sowie die Uhr mit Kette abgenommen hat. Die gestohlenen Sachen konnten wieder herbeigeschafft werden.

Gestern abend entriß ein 42 Jahre alter, schon vielfach bestrafter Arbeiter aus Kroschleben in der Büchelerstraße einer jungen Dame die Musikmappe und ergriff damit die Flucht. Der dreifache Dieb wurde eingeholt und der Polizei übergeben.

Hier ermittelt und festgenommen wurden sechs von dem Gerichtsbehörden in Berlin, Gera, Bückow, Weidenau, Leipzig und Falkenstein wegen Körperverletzung, Diebstahlsbetrugs, Unterschlagung und Diebstahls rückblicklich verfolgte Personen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 8. November.

Des Betrugs, der Urkundenfälschung und der versuchten Erpressung hat sich nach der Anklage der frühere Buchhalter Albert Franz Reinhold Michi bei der Zahlstelle Leipzig der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse (Sitz Chemnitz) schuldig gemacht. Für die genannte Kasse leitete bis vor etwa 14 Tagen ein Herr Jungmann als Subdirektor die Geschäfte in Leipzig und von diesem war am 7. Dezember vorigen Jahres als Buchhalter mit 100 Mark Monatsgehalt engagiert und am 7. Juli d. J. wieder entlassen worden, weil er Kassengelder vereinnahmt hatte, wozu er nicht berechtigt war, und sie in seinem eigenen Nutzen verwendet hatte. Den betreffenden Leuten, angeblich in etwa 14 Fällen, hatte er dann sogenannte Interimsquittungen ausgestellt und dadurch Beträge von 1.30 bis 5.20 Mark, insgesamt 82.40 Mark erlangt. Zwei Quittungsbogen soll er dann, um die Betrügeereien zu verdecken, vernichtet haben. Als M. von Jungmann den Gehalt auf drei Monate bei der Entlassung nicht erhielt, entwarf er eine gegen den Subdirektor Jungmann gerichtete Anzeige wegen Untreue an die hiesige Staatsanwaltschaft. Der damalige Einkassierer der Beträge, dem M. den Entwurf zeigte, rief ihm zu einer friedlichen Verständigung mit Jungmann, denn sonst hätten die Angestellten ihre Stellen ein. Jakob nahm den Entwurf mit zu Jungmann und dieser hat, statt einer Verständigung zugänglich zu sein und M. wenigstens einen Teil seines Gehaltes zu zahlen, Anzeige wegen Erpressung erstattet. M. bestreitet in der Hauptverhandlung vor der dritten Strafkammer, die Quittungsbogen vernichtet zu haben, ebenso die versuchte Erpressung, denn Jakob habe nicht in seinem Auftrage gehandelt, was von diesem als Zeugen bestätigt wird; ferner giebt er den Betrug nur in einzelnen Fällen zu. Die Vernehmung Jungmanns als Zeugen, gegen den nun in der Sache ebenfalls ein Verfahren eingeleitet ist, förderte auf eine Frage des Vorsitzenden an M. das Geständnis zu Tage, daß er seit 14 Tagen die Geschäfte der Kasse nicht mehr führe, überhaupt nichts mehr mit ihr zu thun habe, und die Frage, warum er weg sei, beantwortet er mit allerlei Ausflüchten, wie, er habe sich mit dem Vorstand bezüglich des Rücktritts von seinem Posten gütlich geeinigt. Das Gericht hielt nach der Beweisaufnahme nur den Betrag in einzelnen Fällen für erwiesen und verurteilt M. diese Fälle als eine fortgesetzte Handlung ansehend, unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft zu drei Monaten Gefängnis, in allen übrigen Anklagepunkten erfolgte dessen Freisprechung.

Wegen gewerbmäßiger Kupferei erhielt die vertwitwete Alma Mathilde Ring von hier von der vierten Strafkammer drei Wochen Gefängnis nach einer unter Anschluß der Deffentlichkeit geführten Verhandlung aufdiktiert.

heilichkeit. Der zweite Akt steht für sich, und die eng zusammenhängenden Akte, der erste und dritte, haben verschiedenen Ton. Die Bühnenwirkung aber wird, wie wieder die geistige Aufführung gezeigt hat, durch diesen Mangel an Einheitslichkeit kaum beeinträchtigt. In den ersten beiden Akten wirkt die scharfe Satire, im letzten der Akt mit einer Frische, die dem Stück manche Wiederholungen sichern wird.

Der Erfolg wurde überdies gesichert durch die Darbietung. Das erste Stück wird von Margarete Frey und Julius Oredenberg sehr fein und led gegeben; der Ton des Stückes wird von beiden, namentlich aber von Fr. Frey ausgezeichnet getroffen. Nicht minder vorzüglich gelang derselben Dame die Meta Hübke im zweiten Stück. Mira und Meta sind Rollen, die der Künstlerin gut liegen und von ihr fein und reich nuanciert werden. In der Erziehung der Ehe stand wieder Herr Mehner obenan, der den erziehungsbefähigten Studenten in seiner ganzen Herzenswärme und strupellosen Gewandtheit sicher hinstellte. Hier hatte auch sogar Frau Nestla Venba als die für Hermann König aufersehene Braut Vella König einen gewissen Erfolg, da der absolute Mangel an Temperament bei der Darstellung dieser schönen Puppe zur Tugend wurde. Das Publikum war den ganzen Abend besser Laune. Den beliebten Autor des Rosenmontags läßt das liebe Publikum sich jetzt auch gefallen, wenn er mit dem Spott und mit pflichterfeindlicher Keckheit offen herausdrückt.

Die Berliner Censur macht wieder einmal für ein herzlich unbefriedigendes Stück Neklame. Sie hat sich diesmal des Schauspielers D'Wall von Mag Bernstein angenommen. Zunächst hat sie eine, übrigens läppisch gezeigte, Stelle gestrichen, in der Herr Bernstein die Mall über die Mutter Gottes schwören läßt; dann aber ist sie weiter gegangen. Berliner Blätter berichten darüber: Nachdem für Mag Bernstein ein neues Schauspiel die Aufführungsbewilligung durch die Polizei verweigert worden war, erschien ein Vertreter dieser Behörde in der Generalprobe des Deutschen Theaters und erklärte nach dem ersten Akt, daß er an dem Schluss dieses Aufzuges Anstoß nehme. In einem darauf eintreffenden Schreiben des Polizeipräsidenten wird dieser „Anstoß“ wie folgt begründet: „Bei dem Besuch der heutigen Generalprobe des Bernsteinischen Stückes D'Wall hat der diesseitige Kommissar festgestellt, daß die Art und Weise, wie am Schluss des ersten Aktes das Walzer-spiel in die Scene hineinklingt und die vor dem Mutter-gottesbilde betende Mall zu dem Einschlusse bewegt, mit Edward die Redoute zu besuchen, Anstoß erregend wirkt.“ Das Polizeipräsidi-

um erklärt, daß sie daher die Genehmigung zur Aufführung des Stückes an die weitere ausdrückliche Bedingung knüpft, daß das Spielen irgend einer Tanzmelodie an der betreffenden Stelle unterbleibt und daß die Worte: „Warten Sie, ich werde ihnen was spielen, vielleicht bekommen Sie dann Lust zum Tanzen“ ungesprochen bleiben.

Die Direktion des Deutschen Theaters hat dem Polizeipräsidenten darauf geantwortet, daß die verlangte Milderung sich für die erste Aufführung des Stückes nicht mehr ermöglichen lasse, sie werde aber, indem sie sich den Weg der Beschwerde bzw. der Klage vorbehalte, bis zu rechtskräftiger Entscheidung in den späteren Vorstellungen die verlangte Milderung vornehmen.

Die Direktion des Deutschen Theaters sieht sich um so mehr veranlaßt, in diesem Falle die Klage durch alle Instanzen zu führen, als die Zuschrift des Polizeipräsidenten aus der physischen Wirkung eines Wustflüchels das Recht zum Verbot einer Scene ableitet und somit den übertrappenden Versuch einer Erweiterung des Censurgebietes enthält. Auch darf man sich föhlig wundern, daß die „Art und Weise“, wie ein Walzer klingt, auf dem Polizeipräsidenten aus dem Buch nicht erkannt werden konnte, und daß es erst der Generalprobe bedurfte, um „den diesseitigen Kommissar“ wahrnehmen zu lassen, daß ein Walzer wie eine Tanzmelodie klingt.

Theaternachrichten. Neues Theater. Mittwoch: Mignon. Donnerstag: Zum erstenmal: Monna Banna, Schauspiel in drei Akten von M. Maeterlinck. Deutsch von F. v. Oppeln-Bronis-lowski. — Altes Theater. Mittwoch: 8. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Der Pfarrer von Kirchfeld. Donnerstag: Zum erstenmal: Brigitte, komische Oper in drei Akten von André Messager. Die Hauptpartien sind besetzt durch die Damen: Stegmann-Boll (Helene v. Solange), Lida (Kathe), Dalldorf (Gräfin Emerance) sowie die Herren Sturmshilf (Visconte Florestan), Fr. Groß (Coquenard), Sulffill (Seraphin) und Heine (Coustot). Die Einstudierung leitete Herr Regisseur Haas, dirigieren wird Herr Kapellmeister Fincken.

Am Leipziger Schauspielhaus findet heute das vorletzte Gastspiel des Herrn Biller statt, und zwar spielt der Künstler den Doktor Weise in dem gleichnamigen Lustspiel; nachher wird das Lustspiel Litteratur aus dem Lebendigen Stunden von Schnitzler gegeben. Am Mittwoch beschließt Herr Biller sein erfolgreiches Gastspiel als Entpfecker Bräsig in dem gleichnamigen Lebensbild

nach Frig Reuters Roman: Ut mine Stromtid. Donnerstag werden die beiden Komödien Erziehung zur Ehe und Eine sittliche Forderung wiederholt. Freitag findet die erste Aufführung von Felly Hüllwipps Schauspiel Das große Licht mit Herrn Hofschaulpieler M. Matkowski als Ferteiner statt. Vorbereitungen zu dem Gastspiele Matkovskys werden schon jetzt ohne Aufschub entgegengenommen. Als Nachfeier von Schillers Geburtstag wird am 12. November Don Carlos mit Matkovskys als Posa und Direktor Hartmann als Carlos gegeben.

Die Häufigkeit der Erdbeben ist während der letzten Monate ungewöhnlich stark gewesen. Die Nature bringt eine Zusammenstellung über die Beben und Vulkanausbrüche, die vom 10. April bis zum 23. September des laufenden Jahres verzeichnet worden sind. Danach sind erstere Störungen der Erdkruste in verschiedenen Teilen der Welt an folgenden Tagen eingetreten: 10. und 18. April; 3., 7., 8., 12., 15., 18., 20., 21., 24., 28., 30., 31. Mai; 2., 4., 6., 8., 9., 14., 15., 19., 20., 21., 22., 24. Juni; 1., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 17., 27. Juli; 13., 14., 15., 25., 27., 30. August; 1., 6., 8., 9., 16., 17., 22., 28. September. Ergänzend sind noch nachzutragende Berichte über derartige Ereignisse am 25. September und am 4., 8. und 16.—25. Oktober. Diese stattliche Liste ist zweifellos noch nicht einmal vollständig. Zunächst läßt sich überhaupt sagen, daß vermutlich kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo an der Erdoberfläche ein fühlbares Erdbeben vor sich geht, wenn auch vielleicht in manchen Gegenden kein Mensch anwesend ist, der es verzeichnen könnte, und dieser Umstand ist es übrigens auch, der die Voraus-sage von Erdbeben nicht allzu schwer macht. Ferner ist zu erwähnen, daß in jener Liste das große Erdbeben von Kaschau in Innerösterreich am 22. August fehlt, bei dem nach den erst jetzt vollständig gesammelten Nachrichten im ganzen wenigstens 3000 Menschen getötet worden sind. In Kaschau selbst und in der unmittelbaren Nach-barschaft, wo die Erschütterungen keineswegs am heftigsten auftraten, kamen noch 600 Leute um, in dem volkreichen Dorf Wischnitz triefen dagegen, das von Grund aus zerstört wurde, etwa 1700 Menschen. Auch das Dorf Weich-Kerim, das aus 80 Häusern bestand, wurde mit sämtlichen Gebäuden und sämtlichen Einwohnern von der Erde verfligt. In anderen umliegenden Gebieten bewegte sich die Erde gleich Meeresswellen oder zerritt in ungeheure Spalten.

Ein schümeles Plagiat wird im neuesten Heft des Kunstwartis aufgedeckt. Das Heft bringt unter anderem zwei Bildbelegungen. Die eine giebt Die siegreiche Germania wieder, ein von dem Mitglied der königlichen Akademie der Künste zu Berlin, Professor Hugo

Von Nah und Fern.

Siebestragödie.

Berlin, 4. November. Ein Mordverbrechen wurde vergangene Nacht im Tiergarten verübt. Der 22jährige Schreiber Thiele...

Die Nacht der Finsternis.

Berlin, 4. November. Ein furchtbares Verbrechen wurde einem Petersburger Telegramm des Lokal-Anzeigers zufolge in dem russischen Dorfe Kotschinsk bei Wologda entdeckt.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 4. November: 289. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Lohengrin. Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Altes Theater.

Dienstag den 4. November: Zum bunten Rod. Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Spathhausen und Frhgn. v. Schlicht.

Friedrich, Diener; Eubena Mädchen; Minna, Köchin; Kuffner; Stalljunge; Wärrnerburche; Jänke, Soldat; (Erster) Soldat; (Zweiter) Soldat; Dufar Christian, Butsche bei Hohenegg; Ort der Handlung: Berlin. - Zeit: Gegenwart.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Opern-Preise. Villet-Vorverkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Südwertel. Dir.: Anton Hartmann. Sophienstr. 19. Nachdruck verboten. Dienstag den 4. November: Neues Gastspiel des Hrn. Karl William Müller.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, herüber zu übermitteln.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

142. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung vom 4. November.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 252 Mark gezogen. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 20 000 auf Nr. 86374 bei Herrn George Meyer in Leipzig.

Vogel, im Staatsauftrag gemaltes Wandbild für das Landständebau zu Merseburg. Diese Germania überrascht - wir kennen die Verkörperung Deutschlands in der Kunst sonst als Brunnhilde, nicht aber in Männertracht auch aus Wein, wir kennen sie sonst nicht mit so wenig deutschem Gesicht und nicht mit so verzücktem Blick himmelwärts.

deutsches Ständebau herüberzuholen und sie dort als Verkörperung des Deutschlands auszugeben - zu dieser Leistung gehört noch eine verblüffende Selbstheit des Empfindens außer den allerfreiesten Ansichten über Wein und Wein.

Darauf sandte Dr. Schlenker auf die Befehle der Intendant dem Fräulein Koegel sofort die Kündigung. Fräulein Koegel erhielt diese Nachricht in einer Versammlung der Schauspielergesellschaft, versiel in Ohnmacht und Krämpfe und blieb drei Stunden bewußtlos.

„Hier handelt sich“, schreibt der Kunstwart, „um schlimmeres, als um ein gewöhnliches Mordverbrechen. Nicht nur wegen Vogels Stellung, der unter den kaiserlichen Hofkünstlern zu den Vorzüglichen gehört und vom Kaiser die große goldene Medaille erhalten hat.“

Ein netter Theaterkandal wird aus Wien gemeldet. Dort erregt, wie dem Berliner Tageblatt geschrieben wird, die Maßregelung einer jungen Schauspielerin des Burgtheaters große Aufregung unter sämtlichen Mitgliedern.

Neue Kohlenfelder in Belgien sind wenige Kilometer nördlich von Antwerpen entdeckt worden. Da die geologische Bildung der Schichten in diesem Gebiet genau derjenigen in den englischen Kohlenfeldern von Yorkshire entspricht, so kann es als sicher gelten, daß es sich um die gleiche Ablagerung handelt.

„Reiniger Sünder“ und abgefeimter Schwindler.

Am 29. März d. J. erhielt der Vorwärts einen mit dem Poststempel Leipzig versehenen anonymen Geldbrief mit einer Einlage von 225 Mk. In einem beigefügten, mit der Schreibmaschine hergestellten Schreiben wurde auf folgenden Vorfall aus dem Jahre 1878 Bezug genommen. Ein Kaufmann Kästner, damals in Leipzig, jetzt in Dresden wohnhaft, hatte von Berlin aus nach seiner ebenfalls in Leipzig wohnenden Frau einen auf 25 150 Mk. kassierten Geldbrief abgeschickt. Dieser Brief enthielt jedoch keinerlei Wertpapiere, sondern nur 15 Bögen leeres Konzeptpapier. K. hatte damals Erfassungsbefehle an den Postfiskus gestellt mit der Begründung, daß die angeblich von ihm abgeschickte Summe jedenfalls auf der Post dem Briefe entnommen sei und man daselbst wertloses Papier hineingelegt habe. Bei der Untersuchung ergab sich allerdings, daß der Brief einen feinen, wieder verklebten Längsschnitt an seiner unteren Seite aufwies. Weitere Ermittlungen führten jedoch zur Verhaftung des K., weil er im Verdacht stand, mit dem Geldbrief ein raffiniertes Betrugsmanöver vollführt zu haben, um sich durch die zu erwartende Entschädigung vom Postfiskus einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Tatsächlich wurde K. auch im Jahre 1879 auf Grund eines festgestellten Indizienbeweises wegen versuchten Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die er verbüßte. Jetzt nach 24 Jahren kam der erwähnte Brief an den Vorwärts, worin sich der anonyme Verfasser als den wirklichen Täter bezeichnete und damit gleichzeitig behauptete, daß K. seiner Zeit unschuldig verurteilt worden sei. Er bat den Vorwärts, die beigefügte Summe von 225 Mk., die ihm noch als Rest von jenem Diebstahl verblieben sei, dem vielleicht zu ermittelnden K. oder dessen Erben auszuhandigen, oder falls dies nicht möglich wäre, den Betrag der Parteikasse zuzuführen. Der Vorwärts veröffentlichte in seiner Nr. 75 vom 30. März den Wortlaut des rätselhaften Briefes unter der Stichmarke: Ein reiniger Sünder?, überfandte jedoch das Original mit samt den einliegenden 225 Mk. der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfügung.

Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung hatte nun ein ganz überraschendes Ergebnis, denn in der jetzt vor dem Berliner Landgericht stattgefundenen Gerichtsverhandlung gegen K. wegen Betrugs wurde zur Evidenz festgestellt, daß kein anderer als der Angeklagte Gustav Kästner selber der Urheber des Briefes an den Vorwärts gewesen ist. Der Staatsanwaltschaft in Berlin überreichte er später persönlich ein Schreiben, worin er sich als den Verfasser des Vorwärts-Briefes bezeichnete; er will von einem Unbekannten zu jenem Schritt gezwungen worden sein. In der Verhandlung jedoch bestritt er entschieden, irgend etwas von dem Brief zu wissen und sagte, er habe dem Staatsanwalt absichtlich die Unwahrheit geschrieben, um seiner Verhaftung zu entgehen. Durch eine Zeugin, Frau Deutsch, wurde aber nachgewiesen, daß der Angeklagte ihr den an den Vorwärts adressierten Brief in Dresden mit der Bitte übergeben hat, ihn an irgend einem anderen beliebigen Ort zur Post zu bringen. Frau Deutsch, die früher für Kästner gearbeitet hat, ist darauf nach Leipzig zu ihrem Schwiegerohn gefahren und hat dort den Brief auf das Postamt getragen. Hierfür sind ihr vom Angeklagten 15 Mk. geschenkt worden. Einen breiten Raum in der Verhandlung nahmen noch mehrere Manipulationen ein, die der Angeklagte gegen die Versicherungsgesellschaften Viktoria und Urania vollführt hat, um eine Versicherungsprämie in beträchtlicher Höhe zu erlangen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen großen Unfugs zu 6 Wochen Haft. Das Gericht habe die Überzeugung gewonnen, daß der Angeklagte im Jahre 1879 vollständig zu Recht verurteilt worden sei, auch sei er zweifellos der Urheber des Briefes an den Vorwärts. Welche Absicht der Angeklagte hierbei gehabt habe, sei dunkel. Wenn er auch ein raffinierter und mit allen Hunden gehetzter Mensch sei, so lasse sich doch nicht nachweisen, daß er es auf eine in der Luft schwebende Entschädigung vom Postfiskus abgesehen habe; deshalb müsse er von der Anklage des versuchten Betruges freigesprochen werden. Anders stehe es jedoch mit dem großen Unfug. Der Angeklagte habe sicher darauf gerechnet, daß der Vorwärts seinen Brief veröffentlicht werden würde, und dadurch habe das Publikum beunruhigt werden müssen, weil der Gedanke an eine möglicherweise früher erfolgte Verurteilung eines Unschuldigen tatsächlich für jedermann eine beunruhigende Wirkung hervorbringe.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Antisemiten Sachsens haben am Sonntag in Meissen gelagt. Sie nahmen dabei, wie gewöhnlich, den Mund recht voll. Der Hauptling der Antisemiten, Herr Zimmermann, hielt einen längeren Vortrag über den Aufmarsch der Parteien in Sachsen. Er sei, sagte er, überzeugt, daß es bei selbstbewusster Agitation gelingen werde, der Sozialdemokratie trotz ihrer Stärke und der ihr günstigen Umstände die drei Wahlkreise Dresden-Albstadt, Döbeln und Schönpau-Marienberg zu entreißen. In Dresden sei bereits eine Verständigung der nationalen Parteien erfolgt, darüber hinaus hätten bisher nur unverbundene Verhandlungen stattgefunden. Andererseits wird es an einem gewaltigen Ansturm der Sozialdemokratie nicht fehlen, so namentlich in den Kreisen Pirna, Riesa-Meißen und Borna-Frohburg. Dennoch seien für die Kandidatur Gabel im Meißener Kreise große Schwierigkeiten nicht zu befürchten. In Pirna habe sich Herr Lobe zur Wiederannahme der Kandidatur bereit erklärt. Für den Kreis Naugwitz-Bischdorf werde sich der bisherige Abgeordnete Gräfe eine bindende Erklärung noch vorbehalten. Von Parteifreunden sei, wenn wieder Erwarten Herr Gräfe ablehnen sollte, Zimmermann vorgeschlagen worden. Für die Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur des Herrn Dr. Haffe in Leipzig werde sich die Reformpartei entgegenkommen der nationalen Parteien in anderen Kreisen ausbitten, denn, wie ein späterer Redner bemerkte, es würde Dr. Haffe schwerlich ohne die Unterstützung der Reformpartei kandidieren. Hieraus warf Herr Zimmermann in längeren Ausführungen einen Blick auf die allgemeine politische Gesamtlage. Er streifte dabei das Fehlen einer festen Führung der nationalen Parteien, wie sie unter Bismarck bestand, und betonte

eine gewisse Entfremdung zwischen Hof und Volk, ebenso die ablehnende Haltung der Reichsregierung zu dem Kompromißantrag in der Zolltarifangelegenheit. Der Ruf nach links im Nationalliberalismus, der in Sachsen allerdings noch nicht in Erscheinung getreten sei, würde eine Verständigung mit dieser Partei erschweren.

Zu demselben Geseise bewegten sich die Diskussionsredner. Der Abg. Gabel verteidigte in längeren Ausführungen seine Haltung und Abstimmung in der Zolltarifvorlage. Die hochschulpolitischen Bestrebungen könne er keineswegs teilen, er habe sich daher für verpflichtet gehalten, den Kompromißvorschlägen beizutreten und er werde der Regierungsvorlage nur dann zustimmen, wenn in letzter Stunde sozusagen alle Stränge reihen. Diese Ausführungen wurden ebenso acclamiert, wie die hochschulpolitischen Ausführungen Zimmermanns und seiner Trabanten.

Das einzig Bemerkenswerte an den Verhandlungen des antisemitischen Parteitag ist die bekannt gewordene Tatsache, daß Herr Haffe die antisemitische Unterstützung nicht wieder kandidieren will. Gegen den Alldutschen Haffe werden aber die Antisemiten wohl nichts einzuwenden haben; die politischen „Ziele“ Haffes sind ja so ziemlich in allen Punkten auch die der Antisemiten, nämlich Reaktion auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Hingugefügt mag noch werden, daß dem Schatzmeister einstimmig Decharge erteilt wurde. Ueber die Klassenverhältnisse verlautet aber in den Berichten der bürgerlichen Presse kein Wort. Freilich würde ein Bericht über die Klassenverhältnisse der Antisemiten deutlich zeigen, welcher großer Unterschied zwischen dem antisemitischen Phrasenschwall von der Bedeutung und Größe der Reformpartei und den tatsächlichen Verhältnissen besteht.

m. Eine für Konsumvereine interessante Entscheidung.

fällte der Zweite Senat des sächsischen Oberverwaltungsgerichts. Der Konsumverein zu Leisnig war vom Stadtrat auf Grund des Regulativs über die Erhebung der Umsatzsteuer von Großbetrieben für Leisnig zur Deklaration seines Umsatzes für das Geschäftsjahr 1902 aufgefordert worden. Der genannte Verein schätzte sich hierauf mit rund 223 000 Mk. ein, bemerkte aber, daß von dieser Summe 44 000 Mk. für in der eigenen Bäckerei hergestellte Backwaren in Abzug zu bringen seien, weil diese nicht unter das Leisniger Regulativ fallen. Trotzdem zog der Stadtrat den Verein mit der vollen Summe zur Umsatzsteuer, die auf 2 Prozent des Einnahmebetrages festgesetzt ist, heran. Der vom Konsumverein hiergegen eingelegte Rekurs wurde von der Kreisoberhauptschaft Leipzig zurückgewiesen, weil das betreffende Regulativ eine Ausnahmebestimmung über selbst fertiggestellte Waren nicht enthalte. Aber auch bei dieser Entscheidung sah die sächsische Konsumvereine keine Veranlassung, erhob vielmehr die Aufsechtungsklage mit der Begründung, daß dem Leisniger Regulativ eine Verordnung des Ministeriums des Innern direkt entgegenstehe, und somit dieses nicht hätte genehmigt werden dürfen. Vom Stadtrat wurde dagegen eingewendet, daß das Regulativ nun einmal bestünde und der Konsumverein, falls er sich zu Unrecht zur Besteuerung herangezogen fühle, um Abänderung dieser Bestimmungen nachsuchen hätte müssen. Das Oberverwaltungsgericht wies den Konsumverein endgültig ab und legte ihm auch die Kosten sämtlicher Instanzen auf. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß gemäß dem Wortlaute des Regulativs die Ausnahme des Klägers über die Ausnahme der selbst produzierten Waren eine irrtümliche sei und überdies eine gesetzliche Gegenbestimmung nicht existiere.

Sächsische Verkehrsbehörden. Die antisemitische Berliner Staatsbürger-Zeitung schreibt:

An Sonn- und Feiertagen verkehren auf sächsischen Eisenbahnen keine Wagen vierter Klasse. Was für Kuriositäten durch diese Einrichtung entstehen können, hat man am Reformationsfest in Pöberau beobachtet. Dort mußten die Passagiere Fahrkarten dritter Klasse lösen. Zur Verächtung der Fahrgäste wurde ihnen gleich mitgeteilt, daß die Wagen vierter Klasse bis Dresden im Zuge mitgeführt würden, und daß alle Reisenden auch von Osterwerda ab diese Wagen gegen Biletts dritter Klasse weiter benutzen, d. h. in ihren Wagen sitzen bleiben könnten.

Die Notiz des Berliner Antisemitenblattes enthält insofern einen Irrtum, als behauptet wird, an Sonn- und Feiertagen verkehren auf sächsischen Bahnen keine Wagen IV. Klasse. Solche Wagen verkehren an Sonn- und Feiertagen, besonders wenn das Wetter schön ist, massenhaft, nur werden Sonntags keine Fahrkarten IV. Klasse ausgegeben. Zum Sonntagsvergütigen gestaltet die sächsische Staatsbahn den lieben Sachsen, dritte Klasse zu bezahlen, aber unter Umständen vierter Klasse fahren zu dürfen bzw. müssen. Allerdings sieht unsere Bahnverwaltung darauf, daß formell die Sache im Schuß ist, zu diesem Zwecke wird an den Salonwagen IV. Klasse die Bezeichnung: III. Klasse angebracht. Selbstverständlich geschieht das nicht aus fiskalischer Rücksicht, sondern nur, um der Welt zu zeigen, daß die sächsischen Arbeiter Sonntags auch dritter Klasse fahren können, also nicht so armfelig dastehen, wie im benachbarten Preußen.

k. Ueber die Anstellungsverhältnisse der Beamten der Ortskrankenkassen im Königreich Sachsen hat die Bezirks-

gruppe Sachsen des Verbandes der erwähnten Beamten eine eingehende Erhebung angestellt. Sie hat bewiesen, daß diese Angestellten sehr nötig haben, sich zu organisieren und für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten. Bei den größeren Kassen mögen ja die Anstellungsbedingungen noch erträglich sein, bei den mittleren und kleineren aber liegt vieles im argen. Die angenommene Statistik teilt die Kassen in mehrere Gruppen, in 1. große, wie Leipzig mit 240 Beamten, Chemnitz mit 70 Beamten, Dresden etc., die feste Gehaltsstufen eingeführt haben, in 2. mittlere, und 3. solche Kassen, bei denen die Beamten nicht voll und berufsmäßig beschäftigt werden. Die Gruppe 2 umfaßt 32 Kassen mit 79 600 Mitgliedern. Die persönlichen Verwaltungsausgaben dieser betragen 129 000 Mk. jährlich, worin auch die Vergütungen für Vorstandsmitglieder etc. enthalten sind. Zieht man von der angegebenen Summe die Vergütung ab, die die Versicherungsanstalt für Versorgung der Invalidenversicherungs-Geschäfte gewährt, so verbleiben 77 500 Mk. oder pro Kassenmitglied 97 Pfg. Auf jeden berufsmäßigen Beamten entfällt der Betrag von 1194 Mk., der aber deshalb sehr günstig gerechnet ist, weil in der Gesamtsumme die Ausgabe für Vorstandsmitglieder, nebenamtliche Krankenkontrolle etc. enthalten ist. Rechnet man den Rückfuß der Versicherungsanstalt ab, so zahlt jede Klasse

aus eigenen Mitteln für einen Beamten 717 Mk. Es giebt viele Kassen, die voll beschäftigten Beamten (Kassenboten, Expedienten etc.) einen „Gehalt“ von jährlich 600—700 Mk. zahlen. Zu übersehen ist auch nicht, daß ein guter Teil der Beamten bei dem Gehalte noch hohe Kontitionen stellen müssen. Die Arbeitszeit ist eine acht- bis zehnstündige, die Kündigungsfrist meist eine vierteljährliche. Die Beamten der kleinen Kassen (bis zu 1000 Mitglieder) werden verhältnismäßig noch schlechter bezahlt.

Dresden, 3. November. In der bürgerlichen Presse liest man:

„Mit dem Beginn der kälteren Jahreszeit hat auch der hier seit Jahren bestehende Verein zur Speisung bedürftiger Schulkinder wieder eine größere Tätigkeit entfaltet. Im vorigen Winter schenkte er täglich 525 Kindern warme Mittagskost, insgesamt 50715 Portionen im Werte von 10143 Mk. Diese Zahlen werfen auch ein Licht auf das große soziale Elend das hier herrscht; nicht nur in Zeiten geschäftlichen Niederganges, sondern immer sind gewisse Bevölkerungsschichten harter Not ausgelegt. Es giebt hier zahlreiche Schulkinder, die ohne das Eingreifen des Vereins niemals ein warmes Mittagessen erhalten würden; entweder weil die Eltern zu arm sind, um es zu beschaffen, oder weil sie während der Tagesstunden außerhalb des Hauses beschäftigt sind, und es an der erforderlichen Fürsorge für die Kinder fehlen lassen. Vielfach ist aber bittere Armut der Grund. Es herrscht namentlich gegenwärtig in zahlreichen Familien, die äußerlich den Schein normaler Lebenshaltung kampfhaft wahren, eine wahrhaft entsetzliche Not. Eine Beschäftigung für den Arbeitslosen zu finden, ist geradezu ein Glücksfall, dabei sind die Kosten der Lebenshaltung enorm gestiegen, ist Dresden doch überhaupt eine der teuersten Städte, und die Mieten für kleinere Wohnungen sind nicht etwa zurückgegangen. Die Wohnungsnot hat hier viele ganz arme Leute gezwungen, größere Wohnungen zu nehmen und abzuvermieten. Die Vermieter und Schlafburtschen sind jedoch jetzt sehr rar, so daß viele dieser Wohnungsinhaber schon seit längerer Zeit gezwungen sind, ihre ohnehin lärgliche Ernährung noch mehr zu beschränken, um nur den Hauswirt befriedigen zu können.“ Ein Notstand existiert aber trotzdem nicht!

Auerbach, 3. November. Zwischen dem Kirchenvorstand

bez. besonders dessen Vorsitzendem Superintendent Dr. Kober und dem Stadtrat besteht zur Zeit ein ernstlicher Konflikt. Der Kirchenvorstand hatte die Wahl eines Totenbettmeisters vorgenommen, die nach § 1 der Instruktion für diesen dem Stadtrat zusteht und hatte zunächst deswegen beim Stadtrat um Entschuldigung und um Befätigung der Wahl gebeten. In einem zweiten Schreiben hat jedoch der Vorsitzende des Kirchenvorstandes die Entschuldigung zurückgenommen. Der Stadtrat wird den vom Kirchenvorstand gewählten Totenbettmeister nicht verpflichtet, sondern seinerseits die erforderlichen Schritte zur Wahl einleiten. Am Ende der Erklärung heißt es weiter: „War der Stadtrat auch erst geneigt, dem Kirchenvorstande so weit als möglich entgegenzukommen, so sieht er nach dem Eingange des so aggressiv gehaltenen zweiten Schreibens keinerlei Veranlassung mehr dazu, er wird sich vielmehr über dieses Vorgehen des Kirchenvorstandes bez. seines Vorsitzenden beim evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium beschweren.“ Hier reißt, wie man sieht, der Krakehl nicht ab.

Neue Nachrichten aus dem Lande. Infolge wiederholt vor-

gekommener Ruhestörungen und Ungehörlichkeiten verhängte die Amtshauptmannschaft Rochlitz bis auf weiteres über die Gast- und Schankwirtschaften der Orte Altmittweida, Franzenau, Erlau, Lauenhain, Ringthal und Rochlitz Polizeistunde um 1 Uhr nachts. — In Niederwiesa wurde der seit dem 1. September 1902 angestellte Bahnwärter Lange tödlich überfahren. — Einen schnellen Tod fand am Mittwoch in Pfaffenborj bei Königstein der 54 Jahre alte Wirtschaftsbefitzer und Holzhändler Karl Friedrich Walter. Er ging neben seinem schwerbeladenen Wagen, als dieser plötzlich umstürzte und auf den Unglücklichen fiel, so daß Walter einen Gehirnebruch erlitt. Der Verunglückte hinterläßt vierzehn Kinder. — Zur Verhaftung des Mörders Borrman in Wien wird noch berichtet: Der Zimmerpolier Borrman, der am Mittwoch in Chemnitz seine Ehefrau durch Revolvererschüsse schwer verletzte, sein 7-jähriges Kind tötete, sich selbst verwundete und dann die Flucht ergriff, ist Sonnabend nachmittag in Wien verhaftet worden. Borrman setzte seiner Festnahme hartnäckigen Widerstand entgegen und gab mehrere Revolvererschüsse ab, durch welche jedoch niemand verletzt worden ist. Er wurde ins Inquiritenhospital des Landgerichts übergeführt. Weiter wird berichtet: Nachdem Borrman auf die ihn verhaftenden Polizisten drei Revolvererschüsse abgegeben hatte, ging noch ein vierter Schuß los, durch welchen der Mörder an einem Oberschenkel schwer verwundet wurde. Borrman will von der That in Chemnitz nichts wissen. — Unter dem Verdachte, sich in unethischer Weise an einem bei seinen Eltern Aufwartenden verrichtenden 13 Jahre alten verwaisenen Schulfädchen vergangen zu haben, wurde in Niederschlema der 18-jährige Real-schüler K. in Haft genommen.

g. Halle a. S., 3. November. Der fällige Konflikt

zwischen Stadtverordneten und Magistrat entwickelte sich in der heutigen Stadtverordnetenversammlung gelegentlich einer Nachbewilligung für den Wasserverbrauch der städtischen Springbrunnen. Zu dem Betrieb jener Brunnen waren für das Jahr 1902 10 000 Mk. ausgeworfen worden. Dieser Betrag war aber bereits im Juli um 2400 Mk. überschritten. Der Magistrat ließ sofort den Betrieb einschränken, immerhin wurde aber bis zum Schlusse der Springzeit für die öffentlichen Brunnen für 14 580 Mk. Wasser mehr verbraucht. Die Finanzkommission lehnte die Nachbewilligung ab, da es der Magistrat bei Beachtung seiner Pflichten an der nötigen Aufmerksamkeit habe fehlen lassen. Oberbürgermeister Staube hat dringend, die Nachbewilligung auszusprechen; der Magistrat könne doch den Betrag nicht aus seiner Tasche bezahlen. Das Kollegium lehnte aber die Nachbewilligung gegen eine Stimme ab. Wo hernehmen und nicht stehen?

Magdeburg, 3. November. Ein außerordentlicher

Verbandsstag des Unterverbandes der Konsumvereine in der Provinz Sachsen und den angrenzenden Provinzen und Staaten fand bei ungewöhnlich starkem Besuch gestern hier statt. Von dem zum Verbande gehörenden 200 Genossenschaften waren 154 durch etwa 600 Delegierte vertreten. Auch der Anwalt des Allgemeinen Verbandes Dr. Crüger war erschienen. Die Verhandlungen nahmen einen außerordentlich stürmischen Verlauf. Dem Vorsitzenden Verbandsdirektor Oppermann-Magdeburg wurde bereits, als er einleitend seine Haltung in Sachen der Kreuznacher Beschlüsse zu rechtfertigen versuchte, durch die stark vertretene Opposition das Weiterreden unmöglich gemacht. Ahmann-Braunschweig, Vertreter eines aus dem Allgemeinen Verbande ausgeschlossenen Vereins, gab ein ausführliches Referat über die bekannten Vorgänge in Kreuznach,

